

metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementssatz pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 2392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltenen Kolonelzeile 1 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von
360000
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Programm-Musik.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß zwischen dem Reichs-kanzler und einem Teile der obersten Reichsbeamten zurzeit ein geheimer Kriegszustand herrscht. Der Wahlerfolg, den Bülow erfochten hat, kann seine intelligenten Mitarbeiter nicht über die Unruhebarkeit und Gefährlichkeit seiner Politik hinwegtäuschen und daraus ergeben sich Gegensätze, die nur durch einen Personentausch ihre Lösung finden können. Mit besonderer Heftigkeit wird der Kampf von der Bülowpartei gegen den sozialpolitischen Minister v. Posadowsky geführt. Wiederholte hat Posadowsky lebhaft im Reichstag über hämische und heimliche Gegnerschaft geplagt und neuerdings hat sich der Zahl seiner offenen Gegner auch noch die Frankfurter Zeitung angeschlossen, deren Berliner Vertreter, Herr Stein-Siebenegger, der journalistische Handlanger des Reichskanzlers ist.

In dieser gespannten Situation verdient das sozialpolitische Programm Posadowskys doppelte Aufmerksamkeit; wie auch immer sein persönliches Schicksal sich gestalten mag, so hat er jetzt auch noch über die Tage seines Amtes hinaus die Regierung auf ganz bestimmte Aufgaben festgelegt. Die Interpellation des Zentrum über den im vorigen Reichstag nicht erledigten Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gab dem Grafen Posadowsky Gelegenheit zu seinen programmatischen Darlegungen. Man kennt den Grafen Posadowsky allgemein als einen kennzeichnenden, sorgsamen und fleißigen Arbeiter, der auf dem steinigen Boden der offiziellen Sozialpolitik im Kaiserstaat Früchte einzuhängen sucht. Seine Aufgabe ist nicht leicht, weil er auf allen Seiten Hemmungen auftauchen sieht, nicht zum wenigen aus den Kreisen der industriellen Scharfschützen, die nie so leicht wie heute das Ohr des Monarchen und des Reichskanzlers gewannen. Wenn es sich um die persönliche Qualifizierung eines Ministers handelt, so würde man, um dem Grafen Posadowsky gerecht zu werden, ihm viel Lob spenden können. Aber hier handelt es sich vielmehr um eine Charakterisierung der offiziellen Sozialpolitik des größten kontinentalen Industriestaates, und da muß die Note sehr schlecht ausfallen. Während man in Unternehmerskreisen über das "Automobiltempo" unserer offiziellen Sozialpolitik schimpft, stehen wir doch in der Tat immer erst noch bei unbefriedigenden Anfangen. Die Kernfrage des ganzen beruflichen Arbeiterkampfes ist die nach der Gestaltung des Vereins- und Versammlungswesens. Und ein freies Vereins- und Versammlungswesen entbehren wir noch heute in Deutschland. Wir werden es auch voraußichtlich noch lange entbehren, wenn schon der Reichskanzler behauptet hat, er "denkt" an eine Reform auf diesem Gebiet. Graf Posadowsky sagte in der 14. Sitzung des Reichstags vom 9. März dieses Jahres: "Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers über die Reform des Vereins- und Versammlungswesens wird Gegenstand sehr ernstgemeinter Verhandlungen zunächst innerhalb des Reichs-verbands und mit dem preußischen Reichstag sein müssen. Aber freilich ist die Voraussetzung die, daß die Forderungen sich in den wirtschaftlich und politisch möglichen Grenzen halten." Was heißt das anders, als daß die dringend notwendige Reform zunächst einmal auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben und dann etwa im Sinne preußisch-sächsischer Polizeiminister durchgeführt werden soll. Das ist keine Zusage, mit der wir uns vom Standpunkt der Arbeiter aus zufrieden geben können. Wir müssen an der prinzipsiellen Forderung festhalten, daß die unstilligen Hemmnisse und Beschränkungen der einzelstaatlichen Gesetzgebung aus der Welt geschafft werden. Das ist die einzige rationale, die einzige annehmbare Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes von unserem Standpunkt aus.

In den Einzelfragen der Sozialpolitik hofft Graf v. Posadowsky der Volksvertretung demnächst Vorschläge machen zu können. Um das Misstrauen gegen das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu zerstreuen, gedenkt er diese Vorlage zunächst zurückzuholen und vorerst ein Gesetz über die Arbeitsammlungen vorzulegen. In der nächsten Session, so nimmt er an, wird sich der Reichstag mit dieser Vorlage zu beschäftigen haben. Sobald kündigt er eine Reform des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb an und eine gesetzliche Beschränkung der Frauenarbeit auf zehn Stunden. Über die Notwendigkeit dieser Maßregel kann kein Zweifel bestehen. Aber man sehe nur, wie es mit dem "Automobiltempo" der offiziellen Sozialpolitik aussieht: "Es wird notwendig sein, so sagt Posadowsky, für die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags für Frauen eine gewisse Übergangszeit zu schaffen und auch gewisse Ausnahmen zu gestatten." Das im Jahre 1907! Und damit zugleich ist das sozialpolitische Programm der Reichsregierung vorerst erkippt. Mit seinem Worte gedachte der Staatssekretär der wichtigen Fragen unserer Versicherungsgesetzgebung, mit keiner Silbe ging er auf das Problem des allgemein gelegten Arbeitstags ein. Mehr als magier ist die Suppe, die man der Arbeiterschaft bietet. Solche Bescheidenheit kann nur bei den Leuten gedeihen, die da meinen, die "Kompositküssel" sei bereits zum Überlaufen voll.

Mit Recht hat denn auch gleich in der näherlichen Sitzung des Reichstags der Abgeordnete Hue mit allem Nachdruck eine Ausdehnung und Vertiefung der Sozialpolitik des Deutschen Reiches gefordert und auf eine ganze Reihe konkreter Aufgaben aufmerksam gemacht. Man liest jetzt viel in bürgerlichen Zeitungen, daß der neue Reichstag "recht recht" Sozialpolitik treiben müsse, um der deutschen Arbeiterschaft zu hemen, daß nicht die Sozialdemokratie bisher der treibende Faktor gewesen sei. Hue hat dagegen das schlagende Argument vorgebracht, daß ja die bürgerlichen Mehrheiten seit Jahrzehnten Gelegenheit zu sozialpolitischem Wirken großen Stiles

gehabt haben, ohne sie auch nur im allergeringsten auszunutzen; wenn sie aber nun einmal Zustandspolitik treiben wollten, so möchten sie nur damit beginnen, uns würden sie damit wahrlich nicht ärgern.

So stehen die Dinge im neuen Reichstag: die Regierung mit schwäbischen Vorschlägen, nur zaghaft und unsicher einzelne Nebenfragen der Sozialpolitik berührend; die bürgerlichen Parteien in einem gewissen verleugnen Trock, schwankend zwischen der Notwendigkeit, wenigstens etwas von ihren Wahlversprechungen wahr zu machen und der Scheu, dem Unternehmertum ernsthafte Lasten aufzuerlegen; und schließlich ist die Sozialdemokratie die einzige prinzipsielle und zielklare Vertreterin grundlegender Reformen.

Volksverdummung.

Bs. Der Arbeiter, das Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Siz Berlin), gibt auf Grund der sogenannten Arbeiterenzylifa des Papstes Leo XIII. eine Unzahl Skizzen zu Vorträgen in Arbeitervereinen. Die von dem genannten Blatte vertretene Richtung der klerikalen Arbeiterbewegung vermischt die interkonfessionellen, christlichen Gewerkschaften und tritt statt dessen ein für die innerhalb der konfessionellen Arbeitervereine zu errichtenden Fachabteilungen. Die Arbeiterbewegung soll in stetem Zusammenhang mit der Kirche und die Geistlichkeit der berufene Führer der Arbeiter sein und kleiden. Ihre Weisheit schöpft die Berliner aus der genannten Enzyklica aus dem Jahre 1891, die den Arbeiter deshalb auch seinen Vortragsfazitzen zugrunde legt. In Nr. 11 gibt das Blatt eine Unzahl Themen, die sich auf die Mitwirkung der Religion und der Kirche zur Lösung der sozialen Frage beziehen. Eins dieser Themen lautet:

Eine vollständige Gleichmachung aller Stände ist nicht möglich. Dazu

- die den einzelnen eigentümlichen Anlagen sind zu entsprechen;
- das gesellschaftliche Dasein erfordert eine Verschiedenheit von Ständen und folglich Leistungen mannigfaltiger Art;
- Wühlen, Leiden und Beschwerden sind Folgen und Strafen der Sünde.

Man weiß, wohin sich die in diesen Sätzen enthaltene Polemik wendet. Sie richtet sich gegen die Sozialdemokratie, der die Absicht der allgemeinen Gleichmacherei unterstellt wird. Der sozialdemokratische Gedanke einer Zukunftsgesellschaft, in der jedem die Möglichkeit gegeben ist, seine Gaben und Fähigkeiten im Dienste der Allgemeinheit zu betätigen und an den durch die Arbeit aller erzeugten Gütern mit gleichem Rechte teilzunehmen, wird — man kann nicht anders annehmen als absichtlich — in den Büros verdeckt, als ob die Sozialdemokratie daran dächte, alle Menschen körperlich und geistig zu uniformieren, alles, was da lebt, unter die Gleichheitswalze zu zwängen. Abgesehen davon, daß das aus rein natürlichen Gründen ein Unsinn ist, denn das Leben des Menschen läßt sich nicht willkürlich meistern, findet sich auch nie und nirgendwo in der Literatur des Sozialismus ein derartiger Gedanke. Wohl aber wird auf sozialdemokratischer Seite das Gegenteil betont. Durch die Aufhebung der Klassenunterschiede, die den Menschen unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse beugt, die ihn an der vollen Entfaltung seiner Kräfte hindert, die das arbeitende Volk im Kampfe um des Lebens einfachste Bedürfnisse zu Slaven, zu Arbeitstieren, zu Maschinen herabdrückt, durch die Abschaffung solcher Zustände soll gerade die Mannigfaltigkeit der menschlichen Kräfte gefördert, jeder zur Betätigung seiner Gaben befähigt und zum Betreiber mit Gleichtümern angeregt werden. Über die "Gleichmachung der Stände" gedenkt die Sozialdemokratie leicht hinwegzukommen; diese Frage ist in dem Augenblick gelöst, wo der Grundfaß von den gleichen Rechten und Pflichten zur Anerkennung gelangt ist, dann sind wie mit den "Ständen" und Klassen von selber fertig. Hierüber gibt es allerdings keine Verständigung mit Leuten, die die Menschheit entweder mit Bibelsprüchen begründen wollen und das Elend der Massen als "Folge und Strafe der Sünde" betrachten. Es ist nicht einzusehen, weshalb sich diese Sorte von Weltverbesserern überhaupt noch um den Arbeiter bemüht. Sind die Leiden des Volkes wirklich die Strafe für die Sünde, dann sollten sie auch dem Herrgott nicht in den rückenden Arm fallen, sondern die Sünder ihre Strafe nach Verdienst abbüßen lassen.

Ein anderes Thema lautet:

Es besteht kein unversöhnlicher Gegensatz zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.

- Wie im menschlichen Organismus bei grösster Verschiedenheit der einzelnen Glieder und ihrer Beziehungen die vollkommenste Harmonie herrscht, so auch im Körper der Gesellschaft;
- ein Glied derselben hat das andere nötig, sie sind aufeinander angewiesen;
- die Menschen sind alle Brüder, welche einen gemeinsamen Vater im Himmel haben.

Eine prächtige "Harmonie" in diesem "Körper der Gesellschaft". Die Völker stehen bis an die Zähne gewappnet einander gegenüber; jedes Volk ist in Klassen und Interessengruppen gepaßt, deren Angehörige den Kampf aller gegen alle führen. Der Kampf des Volkes leben in materieller Not und sind von dem Genuss aller Kultus- und Geistesgüter ausgeschlossen; 110000 Menschen sterben jährlich in Deutschland an der Proletariatsartheit und 40000 junge Menschen sterben trift der Tod, ehe sie noch das erste Lebensjahr erreicht haben. Und warum? Eben weil es eine besitzende und eine arbeitende Klasse gibt, weil eine kleine Minderheit das Recht beansprucht, die große Masse des Volkes auszubeuten, weil sich dort alle Güter im Überplus häufen und hier die Entbehrung, die Not und der Hunger hausen. Das solche Zustände vorhanden sind, ist nicht willkürlich, nicht auf den bösen Willen einzeln zurückzuführen, sondern es ist notwendig in einer Klassengesellschaft wie der gegen-

wärtigen und beweist eben, daß zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse ein unversöhnlicher Gegensatz besteht. In einer Gesellschaft wie der unseren herrscht eben keine Harmonie, und es ist auch nur bedingungsweise richtig, daß ein Glied das andere nötig hat, daß sie aufeinander angewiesen sind. Die Firma Krupp hat, um ihre Millionengewinne zu erzielen, allerding ihr halbes Hunderttausend Arbeiter nötig, aber diese Arbeiter haben nicht Frau Berta Krupp nötig, um jenes Werk zu vollbringen, das die Welt in Erstaunen setzt, ebensoviel wie die Bergarbeiter im Ruhrrevier, um das Land mit Kohlen zu versorgen, die Berliner oder Kölner Grubentionäre nötig haben, die mit dem Schweiße der Bergleute Handel treiben. Und wenn es wahr ist, daß alle Menschen Brüder mit dem gemeinsamen Vater im Himmel sind, dann darf man sich höchstwundern, daß dieser Vater einzelnen seiner Söhne auf Erden alles gibt, die übrigen aber darben und hungern läßt.

Ein drittes Thema:

Die Kirche lehrt nicht nur, sie mahnt auch. Ihre Mahnung zur Eintracht trifft beide Teile. Die Kirche ermahnt:

- die besitzende Klasse:
 - die persönliche Würde des Arbeiters zu achten,
 - die Arbeiter nicht auszubeuten, noch zu überlasten,
 - das geistige Wohl derselben nicht zu schädigen,
 - in jeder Hinsicht gegen sie gerecht zu sein;
- die arbeitende Klasse:
 - zu treuer Pflichterfüllung gemäß ihres Vertrages,
 - die Arbeitsherren in keiner Weise zu schädigen,
 - ihre (eigenen) Rechte nicht gewaltsam wahren zu wollen,
 - keine Verbindung mit schlechten Menschen zu unterhalten,
 - standhaft zu sein und die Erde als ein Arbeitsfeld zu betrachten, auf der sie sich die himmlischen Güter verdienen sollen.

An Erinnerungen hat es allerdings die Kirche nicht fehlen lassen; leider haben diese Erinnerungen bei der besitzenden Klasse recht wenig fruchten, abgesehen davon, daß sie, wie oftmals Beispiel zeigt, so allgemein gehalten sind, daß sie jeder Unternehmer anerkennen und doch in der Wirklichkeit von allem das Gegenteil tun kann. Und nur beachte man die Verschiedenheit der Erinnerungen, die die Kirche an die Unternehmer und an die Arbeiter richtet. Die Arbeiter sollen "ihre Rechte nicht gewaltsam wahren". Zur Sünde der pädagogischen Enzyklica gehört zu diesen "gewaltsameren" Maßnahmen auf Seiten der Arbeiter auch der Streit, wie ja auch die Berliner Richtung der Christlichen den Aussland grundfährlich verwirkt. Die Arbeiter sollen sich also eines gesetzlich gewährleisteten Rechtes begeben und damit auf die wirksame Waffe in ihrem Kampfe um besseres Lebens- und Arbeitsbedingungen verzichten. Wir finden aber in der obigen Vortragsliste nichts davon, daß die Kirche die Unternehmer ermahnt, "ihre Rechte nicht gewaltsam wahren zu wollen" und von dem Gegenstück des Streits: der Aussperrung abzulassen. Für die Unternehmer allgemein gehaltene, zu nichts verpflichtende Erinnerungen, für die Arbeiter die keine Deutung zulassende Aufforderung, sich den Kapitalisten auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Das nennt man "christliche Gerechtigkeit"!

Weiter werden die Arbeiter ermahnt, "keine Verbindungen mit schlechten Menschen zu unterhalten". Als "schlechte Menschen" gelten den Berliner Musterchristen die Arbeiter, die ihre Beziehungen nicht vor der Kirche beziehen, die andersgläubig oder unglaublich sind, vor allem aber sind die Sozialdemokraten hiermit gemeint. Darin wird den Arbeitern das Recht der Koalition, des allgemeinen Zusammenschlusses zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen bestimmt; die Solidarität, der Proletarier höchstes Gut und beste Waffe, wird hier als Verbrechen, als Sünde gestempelt. An die Unternehmer ergeht diese Mahnung nicht. Unter diesen gibt es im Sinne der "Arbeiterenzylifa" keine "schlechten Menschen", die sind nur da zu finden, wo Sozialdemokraten sind. Für die Unternehmer ist die Solidarität, ist der Zusammenschluß keine Sünde, auch wenn es sich um die ärztesten Ausbeuter und Blutsauger handelt, an sie hat die Kirche in dieser Hinsicht keine Mahnung zu richten. Den Arbeitern aber ist des Himmels Zorn und Strafe sicher, wenn sie sich mit ihren Klassengenossen, ohne Rückicht darauf, was sie glauben, zusammenschließen. So lehrt die Kirche, die angeblich allein befähigt ist, die Arbeiter aus ihrem Elend zu erlösen!

Erläuter sollen die Arbeiter standhaft, daß heißt geduldig und erisigend sein und ihren Elendewandel in Elend und Not als eine Vorbereitung fürs Jenseits betrachten. Auch davon wird den Besitzenden nichts gesagt. Sie mögen ihren Reichtum und Überfluss behalten und mehr, daß es ihnen wohl gehen auf Elend; sie brauchen sich die "himmlischen Güter" nicht durch Entzugs und Entbehrung, zu "verdienen"; unter dem Schutz eines so mächtigen Fürsprechers, wie der Kirche, sind ihnen die Freuden des Jenseits ebenso sicher wie des Diesseits. Außerdem sind "Mühen, Leiden und Entbehrungen", wie es im ersten Thema heißt, die "Folgen und Strafen des Sünden". Da die Besitzenden von Mühen, Leiden und Entbehrungen verschont sind, so müssen sie wohl ohne Sünde sein und haben insgesamt auch keinen Anlaß, die Erde als ein Arbeitsfeld zu betrachten, auf der sie sich die himmlischen Güter verdienen sollen".

Auf diese Weise werden am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts deutsche Arbeiter über ihre Pflichten und Rechte belehrt. Und nun vergesse man nicht, daß das von einer Seite geschieht, in der ein gläubiger Arbeiter eine besondere Autorität zu sehen geruht ist: von geistlicher Seite. Ein Pfarrer, der so etwas spricht, steht mit doppelter Machtbefugnis vor dem gläubigen Arbeiter da; er gebietet nicht nur über die Gewalt der Kirche als kirchliche, sondern auch als himmlische Vollstrecker. Die Religion wird hier in erhöhter und tückischloser Weise in den Dienst der herrschenden

Alles gesellt; mit Glaubenssätzen wird hier Missbrauch getrieben, um den politischen und wirtschaftlichen Gegner zu bekämpfen; mit Verhöhungen und Drohungen suchen hier Diener der Kirche die Arbeiter voneinander aufzubringen.

Das Bestreben ist verwerflich, es ist aber auch, mag es noch manchen verirren, vergeblich. Das Wachstum unserer Organisationen beweist, daß das Streben der Musterchristen nichts auszurichten vermögt wider den Gang der Entwicklung und den gesunden Sinn der Arbeitersklasse. Was uns noch gleichgültig oder feindlich gegenübersteht im Proletariat, wir werden es gewinnen durch andauernde Ausbildungarbeit — allen Volksverbündern zum Trost!

Unfälle und Schutzvorrichtungen.

II.

Aus den Berichten der bayerischen Fabrikinspektoren entnehmen wir zunächst einen sehr besitzenden Unfall, der im oberbayerischen Aufzugsbezirk vorgekommen ist. In einer Leinenfabrik verunglückte ein erst kurze Zeit beschäftigter Arbeiter an der Zinkenmaschine beim Ziehen von Latten. Angeblich ist der Arbeiter beim Vorziehen des Laufschiebers auf einem am Boden liegenden Stück Holz ausgeslitten und dadurch mit der rechten Hand in die Sägeblätter geraten, wobei ihm die fünf Vorberglieder abgeschnitten wurden. Die Unfalluntersuchung ergab, daß der Verletzte bereits Invalide war und anscheinend nicht mehr für das Arbeiten an solchen Maschinen erforderliche Kraft und Geschicklichkeit besaß. Offenbar war der Invalide an die gefährliche Arbeitsstelle gestellt worden als billiger Arbeitskraft. Es sieht daher mit den Tatsachen nicht ganz in Übereinstimmung, wenn der Aufsichtsbeamte dazu bemerkte: „Soweit die Unfallanzeiger und die Zeitschriften bei den Unfalluntersuchungen erkennen ließen, wurde die Mehrzahl der Unfälle durch ein Zusammentreffen verschiedener unglücklicher Füllungen verursacht, doch waren auch bei einer nicht unerheblichen Zahl von Unfällen unangemachte Betriebsverhältnisse sowie das Verhalten der Verleihen selbst nicht ohne Einfluß auf das Vorkommen der Unfälle.“

Etwas anders läuft die Auflistung des niedersächsischen Fabrikinspektors: „Das Bestreben der Unternehmer, bei Neuauflistung von Maschinen sich nach billigem Lieferanten umzusehen, führt neben wirtschaftlicher Schädigung der Unternehmer meist gefährliche Verhältnisse herbei, namentlich in Beschaffung von Explosionsmotoren, deren nachträgliche Anpassung für gefährlosen Gebrauch immer Schwierigkeiten bereitet.“ Also die Suche nach Billigkeit schafft gefährliche Verhältnisse, wofür als Beleg auch gleich ein schwerer Unfall angeführt wird. Es hatten sich nämlich in einem Halle drei Arbeiter beim erfolglosen Andrehen des Schwungsgrads für einen kurz vorher aufgestellten 35-pferdigen Saugmotor so erschöpft, daß sie in diesem Zustand einer Schleuderwedgevergütung anheimfielen, wiederum und mit durch hinzugekommene Personen aus ihrem Zustand gerettet werden konnten. Der Unternehmer mußte ferner eine Anordnung zur Entfernung der ganz verlorenen Welle einholen.

Weiter konstatiert zwar dieselbe Beamte, daß nach dem Unfall angelegte Arbeiter vielfach gegen Unvorsichtungen handelten (wobei es sich natürlich nur um Behauptungen handelt, deren Wahrheit noch nicht festgestellt war), allein es ging darum auch hervor, daß Verhüllungen an Transmissionsstücken im Betriebsbereich fehlten. Seiten mit abgenutzten Spulen, zu schwache Ketten, zu wenig Personal bei schweren Lasten, unzureichende Kippwagen, Prezise Werkzeuge, Werkstatt verwandelt wurden, mangelhafte Aufsicht beim Zuladen des Zuladens von Spulengläsern, beim Umsetzen von Spulengläsern, beim Umsetzen von Transportwagen ohne benötigten Abstand, bei den gefährlichen Arbeiten des Betriebshofs mit Aufsicht ohne Zubehörung befand sich die Betreuung eines eben befürchtungsfestigen Arbeiters an der ihm unbekannten und gefährlichen Schleudermaschine durchaus nicht angezeigt war. Es war also gelegentlich der Meinung zu beantworten, daß die zur Belehrung und Rettung des Personals vor lebensbedrohlichen Gefahren erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen immer noch in erheblicher Zahl mangeln in Stahlwerken, Ziegelfabriken, Metallbetrieben für Eisen- und Stahlverarbeitung, in Stanzereien, Drähtereien und auf Bauten.

Aus der Oberpfalz wird von „unbedenklichen Fortschritten und Verbesserungen der Einrichtungen generell“ die Frage bezüglich des Schutzes der Arbeiter vor „Unfallgefahren“ berichtet. Über freudigem war noch die Zahl der Verletzte nicht gering, in denen Verhüllungen erhoben werden mußten. „Schwerpunkt wurde die Fahrtneigung gemacht, daß die im Betrieb angelegten und abgebrochenen Schleuderanlagen zum Teil nicht abgeräumt werden. Die unabdingbare Notwendigkeit der häufigen Kontrolle der Lager ist darüber hinaus deutlich bestreit.“ Über zu kurz dauernde Führung wurde das Bestreben der Fabrikdirektoren ganz ebenfalls verneint werden. „Vom Mindestmaß des jahres angestrebte Erleichterungen über Gesundheitsbedingungen der Arbeiter in Metallleistungsfähigkeiten ergaben, daß in der Produktionsweise eines Fabrikbetriebs öfter, im laufenden Jahre (1903) noch, Langzeitentlastungen infolge Einschaltung von Metallfunktionen, die zumindest in die Richtung, daß ein Metallfunktionswechsel einen Appell erfuhr, bei dem das Bestreben von Fabrikdirektoren und dem Kapital in Wege kommt, indem es der betreffenden Firma durch einen Sohn zugespielt wird. Dieses kann die Arbeiter, bis beständig mit Vergessen befreit sind, Sicherungen nur in geringem Maße ausgleichen.“

Nicht jedoch hat auf der Seite des ehemaligen Formers bezüglich der Sicherung der Arbeiter vor „Unfallgefahren“ bestreit. Über freudigem war noch die Zahl der Verletzte nicht gering, in denen Verhüllungen der Betriebsverantwortlichen festgestellt wurden, daß die Arbeitnehmer die gefährliche Maschine Maschine während des Gangs zu nutzen, nicht absehn. Runde um ehemaligen ehemaligen Arbeitern wurden 67 verzeigt, zum denen noch 41 ex-Mitarbeiter, außerhalb der Betriebsverantwortlichen, eingetragen.“ Die ehemalige „gefährliche Maschine“ hat bekanntlich in manchen Betrieben die Rolle der Pionierin und Schätzmeister der Sicherung der Arbeitsschutzsetzung des Betriebs gar nicht haben wollen.

Der ehemalige Betriebsverantwortliche wurde in einem Schreiben der Sicherheitskommission darüber bestreit, daß eine Sicherheitsprüfung und der Schutz der Arbeiter im Betrieb nicht verletzt wurde. „Die bestreite Sozial- und die Sicherheitsprüfung einer Betriebsverantwortlichen verhindert werden, und die Prüfung und Sicherung der Betriebsverantwortlichen, welche in einem Schreiben der Sicherheitskommission darüber bestreit, daß die Sicherheitsprüfung und der Schutz der Arbeiter im Betrieb nicht verletzt wurde.“

Der ehemalige Betriebsverantwortliche wurde in einem Schreiben der Sicherheitskommission darüber bestreit, daß die Sicherheitsprüfung und der Schutz der Arbeiter im Betrieb nicht verletzt wurde. „Die bestreite Sozial- und die Sicherheitsprüfung einer Betriebsverantwortlichen verhindert werden, und die Prüfung und Sicherung der Betriebsverantwortlichen, welche in einem Schreiben der Sicherheitskommission darüber bestreit, daß die Sicherheitsprüfung und der Schutz der Arbeiter im Betrieb nicht verletzt wurde.“

Sehr überzeugend wirkt die Äußerung des unterfränkischen Fabrikinspektors, daß die Unfalluntersuchungen an Ort und Stelle sich von praktischerem Wert erwiesen haben als die Beimahnung an den regelmäßig im Amtslokal stattfindenden ortspolizeilichen Untersuchungen. Man muß sich höchstens wundern, daß letztere, die doch rein kureiautatisch sind, überhaupt gemacht werden.

Der Augsburger Aufsichtsbeamte gibt eine Übersicht über die Verteilung der Unfälle in seinem Bezirk auf die einzelnen Wocheitage und Tagezeiten, die folgende Verhältnisse zeigt:

	Montags	Dienstags	Mittwochs	Donnerstags	Freitags	Samstags	Sonntags	Unbestimmt	Summe
	201	96	123	103	79	106	120	?	966
Montags	201	96	123	103	79	106	120	?	966
Dienstags	239	123	165	110	12	106	120	11	966
Mittwochs	230	103	110	120	5	120	120	12	966
Donnerstags	204	79	120	120	5	120	120	5	966
Freitags	224	106	106	106	10	106	106	10	966
Samstags	268	120	120	120	20	120	120	20	966
Sonntags	24	12	5	5	7	5	5	7	966
Unbestimmt	35	?	?	?	?	?	?	?	966

Demnach ereigneten sich nicht am „berüchtigten“ Montag die meisten Unfälle, sondern am Samstag, während später von den sechs Wochenlagen die Minimahlzahl von Unfällen aufweist. Sehr schwankend ist die Zahl der Unfälle zu den verschiedenen Tagezeiten an den sechs Wochenlagen. Von Samstag ist dabei immerhin die gleichmäßige Verteilung der Unfälle auf den Vormittag und Nachmittag am Montag. Aus den Angaben über die bei der Nachtarbeit vorgemachten Unfälle läßt sich ohne weiteres Material, das aber hier fehlt, irgend ein Schluss nicht ziehen.

Die böhmisches Fabrikinspektion sagt, daß sie bei der Durchführung der Forderung, daß Gasmotoren mit Sicherheitsandruckvorrichtungen auszurüsten sind, wenn sie nicht eine automatische Andruckvorrichtung (Druckluftanlage, Akkumulatoranlage, Frictionandruckvorrichtung, vorhandene erdenweise Strafanlage) besitzen sollen bei Neuanlagen, hauptsächlich aber bei bestehenden Anlagen, immer wieder auf Schwierigkeiten bei den Unternehmern stößt. Es sind besonders diejenigen kleiner Betriebe, die die Gefährlichkeit des Andrucks der Motoren von Hand oft abschätzen nicht eingerichtet wollen und alle möglichen Einwendungen vorbringen, wenn ihnen die Gefahr für die Arbeiter, beim Andrehen durch Ausgleiten ins Schwunggrad zu geraten oder von einem durch Schleuder erzielten Rückstoß des Motors getroffen zu werden, vorgetragen wird. Wohl könnte hier wenigstens bei den Neuanlagen eine Besserung der Verhältnisse durch ein etwas weniger passives Verhalten der die Gasmotoren liefernden Firmen gebracht werden, die mit wenigen rückhaltslosen Annahmen aus Geschäftsrücksichten die Notwendigkeit der Befestigung einer Sicherheitsandruckvorrichtung beim Karabinchluss verschwiegen oder hinzutreten oder ganz ungünstig und direkt gefährbringende Andruckfurbeln ohne Rückhalterückerinnerung in den Handel bringen.

Das Anwendungsbereich der Sicherheitsandruckfurbel ist indes beschränkt und bei Motoren mit normalen Tourenzahlen von ungefähr 200 pro Minute nur etwa bis zu einer Größe von 16 bis 18 Pferdestärken (je nach verwendetem Brennstoff) eingängig, darüber hinaus verfügen die Firmen nicht. Hierzu ist ein bemerkenswerter Unfall an einem 25 Pferdestärken-Motor zu berichten, der mit einer Sicherheitsandruckfurbel ausgerüstet war. Beim Andrehen konnte der Kompressionszylinder des Motors mit der Kurbel nicht überwunden werden, so daß das Andrehen von Hand gelang. Hierbei geriet ein Arbeiter ins Schwungrad und wurde erstickt. Die Firma, die die Kurbel geliefert hatte, mußte aus ihrer eigenen Betriebsverhältnissen wissen, bereits dazu des Berichts, daß bei dieser Motorengröße, da andere motorische Kraft zum Stillstand nicht vorhanden war, eine pneumatische Andruckvorrichtung das richtige gestalten wäre, es ist ihr somit ein großer Teil der Schuld an dem Sterben eines Menschenlebens beigezogen.“ Gegen einen Unternehmer, der sich beharrlich weigerte, einer befürchteterseits erfahrener und rechtsträchtig gewordenen Anklage, seine Grünanlagen mit Sicherheitsandruckfurbeln auszurüsten, wurde Strafantrag gestellt.

Als ein Beispiel für mangelndes Verständnis und geradezu unverständliche Gleichgültigkeit von Unternehmern hervorzuheben ist die Schädigung von Maschinen und Schädigung von Unfällen nicht folgendermaßen klarstellbar. Bei der Gründung einer Metallhändlerfirma war es Formal, gegen Schlegel, die die Sicherheit des Betriebes bestreit, daß die ehemaligen Formerei und Gießerei keinem ehemaligen Betriebserfolg auszureichen, sondern nicht vorhanden war, eine pneumatische Andruckvorrichtung das richtige gestalten wäre, es ist ihr somit ein großer Teil der Schuld an dem Sterben eines Menschenlebens beigezogen.“ Gegen einen Unternehmer, der sich beharrlich weigerte, einer befürchteterseits erfahrener und rechtsträchtig gewordenen Anklage, seine Grünanlagen mit Sicherheitsandruckfurbeln auszurüsten, wurde Strafantrag gestellt.

Als ein Beispiel für mangelndes Verständnis und geradezu unverständliche Gleichgültigkeit von Unternehmern hervorzuheben ist die Schädigung von Maschinen und Schädigung von Unfällen nicht folgendermaßen klarstellbar. Bei der Gründung einer Metallhändlerfirma war es Formal, gegen Schlegel, die die Sicherheit des Betriebes bestreit, daß die ehemaligen Formerei und Gießerei keinem ehemaligen Betriebserfolg auszureichen, sondern nicht vorhanden war, eine pneumatische Andruckvorrichtung das richtige gestalten wäre, es ist ihr somit ein großer Teil der Schuld an dem Sterben eines Menschenlebens beigezogen.“ Gegen einen Unternehmer, der sich beharrlich weigerte, einer befürchteterseits erfahrener und rechtsträchtig gewordenen Anklage, seine Grünanlagen mit Sicherheitsandruckfurbeln auszurüsten, wurde Strafantrag gestellt.

Die Sicherheit ist so vorausgesetzt, daß beim Betrieb des Fahrzeugs das ausreichende Raummaß des Fahrzeugs und die gute Lage des Gitters zur Sicherstellung der ausreichenden Sicherheitsabstände in Bezugnahme auf das Gewicht des Wagens und die Größe des Fahrzeugs bestreit. Der Sicherheit nach darf die Sicherung der Betriebsanlage nicht verhindern, daß die Sicherheit nicht auf die richtige Sicherung bei der Sicherungslage geachtet wird. Die Sicherheit darf durch die Sicherung der Betriebsanlage nicht verhindern, daß die Sicherheit nicht auf die richtige Sicherung bei der Sicherungslage geachtet wird.

Die Sicherheit ist so vorausgesetzt, daß beim Betrieb des Fahrzeugs das ausreichende Raummaß des Fahrzeugs und die gute Lage des Gitters zur Sicherstellung der ausreichenden Sicherheitsabstände in Bezugnahme auf das Gewicht des Wagens und die Größe des Fahrzeugs bestreit. Der Sicherheit nach darf die Sicherung der Betriebsanlage nicht verhindern, daß die Sicherheit nicht auf die richtige Sicherung bei der Sicherungslage geachtet wird.

Die Sicherheit ist so vorausgesetzt, daß beim Betrieb des Fahrzeugs das ausreichende Raummaß des Fahrzeugs und die gute Lage des Gitters zur Sicherstellung der ausreichenden Sicherheitsabstände in Bezugnahme auf das Gewicht des Wagens und die Größe des Fahrzeugs bestreit. Der Sicherheit nach darf die Sicherung der Betriebsanlage nicht verhindern, daß die Sicherheit nicht auf die richtige Sicherung bei der Sicherungslage geachtet wird.

Die Sicherheit ist so vorausgesetzt, daß beim Betrieb des Fahrzeugs das ausreichende Raummaß des Fahrzeugs und die gute Lage des Gitters zur Sicherstellung der ausreichenden Sicherheitsabstände in Bezugnahme auf das Gewicht des Wagens und die Größe des Fahrzeugs bestreit. Der Sicherheit nach darf die Sicherung der Betriebsanlage nicht verhindern, daß die Sicherheit nicht auf die richtige Sicherung bei der Sicherungslage geachtet wird.

Der Antrag stellte, diesen Ausgang bestimmt vorausgesagt. Ja, ich kann die Entscheidung tatsächlich nur für richtig halten, wenn man schon eine etwas weniger oberflächliche Begründung hätte verlangen dürfen. Aber gerade weil die Herren Glasenapp, Neumann und Genossen meines Erachtens mit Recht außer Verfolgung gesetzt worden sind, muß ich mit doppelter Schärfe betonen, daß diese Entscheidung in offenem Widerspruch steht zu massenhaften Fällen, in denen bei juristisch ganz gleicher Tatbestand Arbeiter zu schweren Strafen verurteilt worden sind.

Der Fall ist so charakteristisch für die deutschen Justizverhältnisse und kaum so wichtige Konsequenzen haben, daß es sich lohnt, näher auf ihn einzugehen, wobei man freilich etwas ausholen muß. Die Reichsgesetzeordnung von 1869 hob, einer dringlichen Forderung der Arbeiter und der Industriellen entsprechend, die Koalitionsverbote auf und gestattete ausdrücklich alle „Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Wohn- und Arbeitsbedingungen, besonders mittels Einschaltung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter“. (§ 152.) Da aber schon damals allerhand grausliche Geschichten über den „Koalitionskrieg“, der im Ausland verübt worden sollte, verbreitet wurden, verordnete man in § 152 der Gesetzesordnung:

Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverlehung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, c i solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern verucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Von Anfang an herrschte kein Zweifel, daß dies Gesetz den Koalitionszwang in dem für eine Konföderation in Betracht kommenden Kreise treffen sollte, das heißt den Zwang, den Arbeiter gegen Arbeitgeber üben, nicht aber Zwangshandlungen von Arbeitgebern gegen Arbeitgeber üben, nicht aber Zwangshandlungen von Arbeitgebern gegen Arbeitgeber oder umgekehrt. Das stand zwar nicht ausdrücklich in den gebrauchten Worten der Gesetzesordnung von 1869, war aber bei früheren gesetzgeberischen Vorarbeiten deutlich zum Ausdruck gelangt und es folgt auch aus dem Wesen des Koalitionsrechts. Streik und Ausperrung sind Zwangsmittel, die von Arbeitern gegen Arbeitgeber oder umgekehrt angewendet, durch § 152 der Gesetzesordnung für erlaubt erklärt wurden. Unmöglich konnte die Ankündigung solcher erlaubten Pressionen im folgenden Paragraphen unter Strafe gestellt sein. So verfuhr auch die Praxis nicht als drei Jahre lang, der preußische Minister v. Berlepsch erklärte sich 1891 im Reichstag für diese Ausfassung, das Kammergericht bestätigte sie, und selbst der Entwurf des Zuchthausgesetzes von 1899 dachte nicht daran, die Androhung von Streik oder Ausperrung zu streichen.

Dann wurde das in § 152 der Gewerbeordnung gewährte Recht der Arbeiter, zu streiken, um bei den Arbeitgebern etwas durchzusetzen, unter Strafe geketzt, denn kaum ein Streik wird unternommen, ohne daß er vorher angekündigt wird, also ohne „Drohung“. Im Sprachgebrauch der Juristen ist nämlich Drohung jede Ankündigung einer Handlung, die der andere als übel empfindet, wenn der Ankündigende sie selbst oder durch andere zu retroaktiven Umständen ist. Die Gerichte sind bisher diesen vollkommen verfehlten Ausfassung des Reichsgesetzes nicht allgemein gefolgt, ja, haben sie stets ausdrücklich abgelehnt, wie zum Beispiel das Oberlandesgericht Kiel. Eine Ausnahme machte Breslau. Hier wurde der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Schlegel, im Dezember 1903 zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er bei Verhandlungen mit einem Arbeitgeber gesagt haben sollte:

Wenn Sie meinen Ansprüchen nicht gerecht werden, so werden die Gehilfen freilen.

Sowohl das Landgericht wie das Oberlandesgericht Breslau bestätigten dies Urteil, indem sie sich auf die Auslegung des § 152 der Gewerbeordnung durch das Reichsgesetz beriefen. Wenige Tage nach dem Urteil des Oberlandesgerichtes drohte der Verband Schlesischer Metallindustrieller aus Unzufriedenheit einer Verhandlung, die der andere als übel empfindet, wenn der Ankündigende sie selbst oder durch andere zu retroaktiven Umständen ist.

Die Gerichte sind bisher diesen vollkommen verfehlten Ausfassung des Reichsgesetzes nicht allgemein gefolgt, ja, haben sie stets ausdrücklich abgelehnt, wie zum Beispiel das Oberlandesgericht Breslau. Hier wurde der Arbeitgeber gesagt, daß die Form der Gewerbeordnung nicht für die organisierten Formerei und Gießereiarbeiter ausreichend sei. Wenn die Gewerbeordnung die Arbeit nicht in sämtlichen Gießereibetrieben am 18. April mittags die Arbeit nicht aufgetreten haben, werden am 19. April früh ihre Betriebsstätten, jedoch nur für die organisierten Arbeiter geschlossen.

Das war nichts anderes, als was Schlegel getan hatte: ein Vertrag, einen Druck auf den Willen des Arbeiters auszuüben, um sie den Arbeitgebern gefügig zu machen, und zwar durch die Ankündigung der Ausperrung, so wie Schlegel den Streik in Aussicht gestellt hatte. Es war aber auch nach der seitdem bestehenden Rechtsprechung des Reichsgesetzes ein Erfolgversuch, weil die Formerei gezwungen werden sollten, ihre Arbeitskraft zu Lohnbedingungen herzugeben, die ihnen nicht genügen, und weil die Metallindustriellen keinen Nutzen daraus hatten, daß die Formerei sich ihnen für diesen Streik zur Verfügung stellte. Unzufriedene Arbeiter und Gewerkschaften sind bereits in ganz gleichliegenden Fällen wegen Erfolgversuch verurteilt worden.

Arbeitsvertrag ein Recht gehabt hätten, die Organisierten zu entlassen, schlimmstens unter Entschädigung, und weil deshalb keine Drohung vorläge.

Diese Begründung des landgerichtlichen Beschlusses steht in vollem Widerspruch zur juristischen Theorie und Praxis, die, wie schon bemerkt, eine „Drohung“ auch dann annimmt, wenn eine Handlung in Aussicht gestellt wird, zu der der sie Vornehmende objektiv berechtigt ist.“ Das Deutlich stammt nicht von mir, sondern vom Reichsgericht. (Entschl. Bd. 32 S. 286.) Trotzdem bin ich auch mit dieser Begründung einverstanden, denn ich habe die Ausdehnung des Begriffes der strafhaften Drohung, die zu den unbestimmtesten Konsequenzen führt, immer bekämpft. Ich möchte nur wünschen, daß das Landgericht Breslau auch in anderen Fällen, und wo Arbeiter oder sozialdemokratische Kandidaten angeklagt sind, die Tertümer des Reichsgerichtes ebenso energisch ablehne.

Gegen diesen Weitschluß gibt es kein Rechtsmittel. Hätte das Oberlandesgericht zugleich die Anklage wegen Erpressung beschlossen, so wäre es selber die Beschwerdeinstanz gewesen und hätte auch das Hauptverfahren eröffnen müssen. So ist die Sache endgültig entschieden. Schlegel hat seine 14 Tage abgesessen, die Industriellen gehen frei aus und werden nicht verurteilt, wenn Schlegel ihnen wieder einen Streit anfündigen sollte, ihn zu demunizieren. Dann kann das Schöffengericht und das Landgericht ihm immer freisprechen, der Staatsanwalt wird Revision einlegen und das Oberlandesgericht kann, seiner Auslegung gemäß, für Verurteilung sorgen. Eine Zwischenmühle, mit der die Arbeiter nichts geschlagen werden müssen.

Natürlich werden alle beteiligten Justizorgane für sich in Anspruch nehmen, daß sie nach bestem Gewissen und juristischer Überzeugung gehandelt hätten. Das will ich Ihnen gern zugelehen. Aber die Öffentlichkeit muß die Justiz nicht in erster Reihe nach einem solchen subjektiven guten Glauben, sondern nach den objektiven Verhältnissen beurteilen, und wenn in solchen Fällen Arbeiter verurteilt werden, Kapitalisten aber nicht, so mag niemand nervös werden, wenn man diese Tatsache, trotz allen guten Glaubens, als „klassenjustitia“ bezeichnet. Für den Gesetzgeber erwächst daraus die dringende Pflicht, schleunigt die Möglichkeit einer solchen doppelten Rechtsprechung zu beseitigen.

Wolfgang Heine in der Neuen Gesellschaft.

Aus dem neunten Agitationsbezirk.

Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1906.

In Nr. 8 ist über die geradezu glänzende Entwicklung unserer Organisation im neunten Agitationsbezirk berichtet worden. Wenn damals festgestellt werden konnte, daß im Jahre 1906 unsere Mitgliederzahl von 19623 auf 39691, also um 20000 oder um mehr als 100 Prozent gestiegen ist, darf in bezug auf Beitragsleistung, Fluktuation u. s. w. erfreuliche Besserungen erzielt werden, so soll heute ein Bild über unsere Bewegungen, Kämpfe und Erfolge gegeben werden. Diese dürfen sowohl an Zahl wie durch die erungenen Vorteile die Lohnkämpfe der vorigen Jahre weit in den Schatten stellen. Die Voransetzung zur Durchführung erfolgreicher Lohnbewegungen war durch den das ganze Jahr 1906 hindurch anhaltenden ausgezeichneten Geschäftsgang gegeben. Andererseits zwang aber auch die rapide Steigerung aller Warenpreise, besonders der Lebensmittel, die Arbeiter dazu, als Ausgleich hierfür höhere Löhne zu fordern. Zur Durchführung und Errreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen genügt aber nicht nur die Notwendigkeit, dies zu wollen, sondern es muß neben guter Geschäftskonjunktur auch die Möglichkeit der Erreichung dieses Zwecks vorhanden sein. Als Grundlage einer ausführlichen Lohnbewegung wird heute bei allen einfältigen Arbeitern aber eine gute und festgelegte Organisation angesehen. Nur dann, wenn die in die Bewegung eintretenden Arbeiter durchweg oder zum größten Teile der Organisation angehören, wenn sie in den Grundsätzen der Organisation geschult und diszipliniert sind, ist die Gewähr für eine glückliche Beendigung der Bewegung gegeben. Da auch die Unternehmer in den meisten Fällen über die Zugehörigkeit der Arbeiter zur Organisation, deren Haltung und Erziehung besser Bescheid wissen als die Arbeiter selbst, richten sie auch demgemäß ihr Verhalten danach ein. In vielen Fällen geben die Unternehmer und sogar die argsten Schärfmacher den Wünschen der Arbeiter, ohne daß es zur Arbeitseinstellung kommt, nach, wenn eine gute Organisation vorhanden ist. Mit der „ausgezeichneten Zustimmung“ allein ist es eben heute nicht mehr getan. Auf Grund der guten Organisation der Unternehmer und der Gefahr, daß aus kleinen Anlässen heraus allgemeine Ausperrungen erfolgen, verbietet es sich von selbst, durch Eigenbröderlei, mangelhafte Vorbereitung und Organisation unserer Bewegungen die Sache der Arbeiter von Anfang an zu gefährden. Diese Umstände und Grundsätze wurden von unseren Kollegen durchweg gewürdigt und es ist das außerordentlich günstige Resultat unserer Bewegungen und Kämpfe zweifellos darauf zurückzuführen.

Im Jahre 1906 wurden im neunten Bezirk zusammen 137 Bewegungen in 54 Orten und 2323 Betrieben, die zusammen 64592 Arbeiter beschäftigten, durchgeführt. Beteiligt waren an diesen Kämpfen 39555 Arbeiter, davon 19888 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 2614 in anderen Organisationen organisiert. Eine genaue Übersicht über die Art der Bewegungen gibt folgende Zusammenstellung:

Art der Bewegung	Zahl der						
	Umwunden	Qrs.	Betriebe	Arbeiter	Organisierte	Organisierte	Organisierte
Angriffsstreik	14	8	14	1930	1279	775	244
Abwehrstreik	8	5	8	1254	1086	848	134
Ausperrungen	1	1	1	138	135	135	—
Bewegungen ohne Arbeitseinstellung:							
Angriff	106	33	1282	60750	36641	17893	2196
Konkurrenz	8	7	18	620	415	287	40
Zusammen: 137, 54, 2323, 64692, 39555, 19888, 2614							

Diese Zahlen ergeben, daß der weitaus größte Teil aller Bewegungen im neunten Bezirk, nämlich 114 von 137 = 83,2 Prozent, ohne Arbeitseinstellung erledigt wurde. Das ist auch wieder ein Beweis für die Zugenhaftigkeit der Schärfmacher und ihrer Freibündlinge, die immer behaupten: es sei die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, ausführliche Streiks einzusetzen und die Arbeiter zu verheulen. Jeder Tag beweist aufs neue, daß die Gewerkschaften als ihre wichtigste Aufgabe die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter betrachten und alles auszulösen, dieses Ziel zu erreichen. Nicht aus Vergnügen am Streik, sondern erst wenn alle gültlichen Mittel versagen und wenn alle Vernunftgründe am Ende stand der Unternehmer scheitern, greifen die Arbeiter zu dem schärfsten Kampfmittel. In den meisten Fällen trifft an den wirtschaftlichen Kampfen der Gegenwart nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer die Schuld, die häufig durch die vorherrschende Tendenz der Schärfmacher-Organisationen vom Schlagzeile der Arbeitgeber-Zeitung, auch wenn die Wünche der Arbeiter erfüllbar und berechtigt sind, zum bestreiten Widerstand aufgeschreckt werden. Das von den Gewerkschaften von der Arbeitseinstellung nur im äußersten Notfall Gebrauch gemacht wird, beweist unsere Streikfahrt seit Jahren.

Über den Stand der Organisation der an den Lohnbewegungen im neunten Bezirk beteiligten Arbeiter ist festzustellen, daß von sämtlichen 39555 Beteiligten, Streikenden und Ausperrten 22452 organisiert waren, das sind 56,8 Prozent. Als besondere Güntigkeit ist dieses Verhältnis gerade nicht zu bezeichnen. Es ist daran in bezug auf den Aufbau der Organisation noch vieles nachzuholen. Um allen Kollegen einen Einblick über die Lohnbewegungen und Kämpfe im neunten Bezirk zu geben, veröffentlichen wir nachstehende detaillierte Zusammenstellung:

Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Ort und Branche	Zahl der							Erreicht wurde							Gesamt			
	Bewegungen	Betriebe	beschäftigte Arbeiter	Arbeiter	Organisierte	Arbeitszeitverkürzung pro Woche	Lohn-erhöhung pro Woche	für Arbeiter	pro Person Std.	zu-sammen Std.	für Arbeiter	pro Person Std.	zu-sammen Std.	Gewinnung	Gewinnung	Gewinnung		
Eichweiler	1	1	79	79	50	79	6	474	79,0,90	71	—	—	—	79	79	79	— 55 —	
Eßlingen	1	2	220	177	82	177	6	1062	176,1,80	317	—	—	—	177	177	— 20 —		
Feuerbach	1	1	250	20	20	20	—	—	—	20,80	16	—	—	—	—	—	— 40 —	
Frankenthal	9	15	2947	2532	1506	—	—	—	460,2,44	1129	—	1088	1722	1075	803	— 584 —		
Gündl, Schwäb. . . .	2	137	3356	3356	1656	3356	5—6	17468	1270,1,10	1397	3356	650	—	3356	56	—	— 8 —	
Göppingen	2	6	800	800	606	800	5	2400	800,1,69	1248	800	300	860	800	800	—	—	
Hall, Schwäb. . . .	1	1	8	6	6	6	3	18	6,0,50	4	—	—	6	—	—	—	—	
Heidelberg	3	3	350	221	153	160	3	480	183,2,82	709	221	—	200	200	—	—	—	
Heidenheim	3	3	432	432	286	200	3	600	400,1,58	680	—	232	200	—	—	—	—	
Heilbronn	3	3	271	161	125	—	—	—	155,1,36	218	125	161	—	125	125	—	—	
Sonthaim	1	1	60	60	43	—	—	—	60,2,00	120	—	—	60	—	—	—	— 3 —	
Kaiserslautern	1	1	490	450	300	450	4	1800	—	—	—	—	—	450	—	—	—	
Karlsruhe	7	79	2857	1742	1070	25	6	150	1517,2,37	3599	447	472	910	1682	1250	— 84 —		
Kittlingen	1	2	102	80	80	80	7	560	80,0,00	240	80	—	80	—	—	—	—	
Kornwestheim	1	1	400	300	87	—	—	—	800,1,20	360	—	—	—	—	—	—	—	
Lambrecht	2	2	50	49	31	12	1	12	48,1,23	60	—	49	12	—	—	—	—	
Öttrach	1	1	20	10	10	—	—	—	10,1,40	14	—	10	10	—	—	—	—	
Pfullingen	4	4	7088	466	353	31	7	217	31,1,20	57	—	31	—	—	—	—	—	
Ludwigshafen	8	92	5928	2101	1272	250	3	750	1551,1,51	2380	1156	1021	408	721	678	— 20 —		
Mühlhausen, Elsass . . .	5	51	5105	503	319	5038	1—2	1000	5970,1,23	6252	70	—	103	470	70	— 30 —		
Neustadt a. Hardt . . .	1	1	220	220	154	—	—	—	220,0,60	152	—	220	220	—	—	—	—	
Oggersheim	1	1	150	150	90	—	—	—	150,1,00	150	—	150	150	—	—	—	— 30 —	
Pforzheim	3	597	18154	13980	4576	13951	3—6	77115	10723,1,50	16167	11296	3448	70	11480	184	—	300	200
Ravensburg	1	1	240	240	45	240	3	720	—	—	—	—	240	—	—	—	—	
Reutlingen	1	1	42	35	37	—	—	—	35,1,50	52	—	—	—	—	—	—	—	
Schwenningen	4	4	1268	1288	20	1288	4—											

abgewehrt wurde	Durch Bewegungen ohne Arbeitseinstellung			Durch Angriffstreits			Zusammen		
	in	für	pro Stunde	in	für	pro Stunde	in	für	pro Stunde
Sohnförderung	4	18	59	1	44	264	5	62	323
Karlsruhe	—	—	—	1	17	—	1	17	—
Mahrgerechtung	2	8	—	—	—	—	2	8	—
Schlechte Behandlung	—	—	—	1	118	—	1	118	—
Gesetzliche Verschlechtigung	1	17	—	4	649	—	5	666	—

Dazu ist zu bemerken, daß durch die Ausperrung in Kaiserl. Laien für 185 Kollegen Füchsläge für Überstunden erreicht wurden und daß die ausperrnde Firma den Arbeitern den durch die Ausperrung entstandenen Verdienstausfall bezahlten mußte. Zweifellos ein ungemeiner Erfolg der Ausperrungstat für den Unternehmer. Den größten Anteil an der Verkürzung der Arbeitszeit haben folgende Orte unseres Bezirkes zu verzeichnen:

Pforzheim . . . für 13951 Arbeiter 77115 Stunden die Woche
Stuttgart 4708 = 20130 = =
Gündl Schwäb. = 3356 = 17468 = =
Mühlhausen i. Gl. = 5038 = 10036 = =
Kaiserslautern 850 = 9000 = =
Schwemmingen 1288 = 2447 = =
Göppingen 800 = 2400 = =
Straßburg 468 = 1381 = =
Eßlingen 177 = 1062 = =

Dazu sind jedoch nur die Orte, die über tausend Arbeitsstunden die Woche für unsere Kollegen heranholten. Ebenso wollen wir die Orte anführen, denen es gelungen ist, mehr als tausend Mark an Lohnhöhung die Woche zu erreichen.

Pforzheim . . . für 10723 Arbeiter 16167 Pf. die Woche
Mühlhausen i. Gl. = 5070 = 6252 = =
Karlsruhe 1639 = 2904 = =
Straßburg 2446 = 3070 = =
Stuttgart 1714 = 2955 = =
Mainz 1570 = 2365 = =
Gündl (Schwäb.) = 1270 = 1397 = =
Göppingen 800 = 1248 = =
Heidelberg 559 = 1144 = =

Wie man sieht, erfreuen sich die Verbesserungen nicht nur auf die großen Städte, sondern auch in Orten wie Kaiserslautern, Schwemmingen, Göppingen u. s. f. sind ganz wesentliche Fortschritte erzielt worden. Den Hauptanteil der Erfolge, besonders in bezug auf Arbeitszeitverkürzung, haben die Hauptorte der Gold- und Silberindustrie durch ihre erfolgreiche Bewegung zu verzeichnen. Aber auch Stuttgart hat geradezu glänzend abgeschnitten mit 20130 Stunden Arbeitszeitverkürzung. Im Bereich gilt dies auch für die übrigen Orte. Besonders die Tarifbewegung hat im Jahre 1906 im vereinten Bezirk einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gemacht. In 24 Tagen ist für 18907 Arbeiter ein Tarifvertrag oder eine tarifliche Vereinbarung erreicht worden. Wenn es gelungen ist, für 25023 Arbeiter Füchsläge für Überstunden zu erhalten, so ist das als ein schöner Erfolg zu bezeichnen. Das gleiche ist von den übrigen Vorteilen zu sagen. In vierzehn Tagen ist es gelungen, geplante Verschlechterungen zurückzuweisen. Es ist bezeichnend für die Ansichten in gewissen Unternehmertümern, daß trotz Preissteigerung und wechselseitlichen Widerpreisen verloren wird, den Arbeitern die an sich längst verdienten durch Kürzung der Löhne oder Abfordrung noch mehr zu schwärmen. Aber bis auf zwei Fälle ist es, weil die Organisation auf dem Damm war, nur bei der Abfahrt gekommen. Bei sämtlichen 23 Streiks im vereinten Bezirk endeten nur drei erfolglos und einer war am Jahresende noch nicht beendet. Das ist ein höchst erfreuliches Resultat. In Kürze verurteilten sonstige Bewegungen im vereinten Bezirk 80165 Pf. Gewinne zugunsten aller Kosten und Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst gibt folgende Tabelle:

An der Vergangenheit	Sitzung der			Sitzung am		
	Sept.	Okt.	Nov.	Sept.	Okt.	Nov.
Angreifstreit	25610	11916	14511	54800		
Abfordstreit	30744	6945	14786	51502		
Ausperrungen	—	—	552	1952		
Bewegungen ohne Arbeitseinstellung	2513	437	—			
Zusammen	55857	21295	29851	109054		

Außerdem sind noch bedeutende Summen für den anderen Organisationsgebiet erreicht worden; so heißt allein Mühlhausen für jährl. Kürzung 2831 Pf. von der Sonderfrage und 2025 Pf. von der Lohnfrage erzielt werden. Umgerechnet auf ein Jahr, dieses zu den Arbeitswochen ausgerechnet, macht das die Summe von 1742400 Pf. aus. Gegenüber dem Ursprung an Arbeitsverdienst von 10800 Pf. durch Streiks und Ausperrungen verbleibt immer noch ein Überschuß von 1634336 Pf. der anderen Kollegen durch die Wirkungen der Organisation gewonnen wurde. Wir möchten uns da an das Ergebnis der Tarifbewegung der Deutschen Arbeitgeber-Verbande freuen, doch die bestehenden Unterschiede machen es unmöglich, darüber zu sprechen. So auch hier wieder den Arbeitern vorzuhomme, daß wir die Ergebnisse für die bestreitenen Preise zu fordern und die Ergebnisse der bestreitenen Löhne und der Lohnforderungen zu fordern.

Überhaupt sind noch bedeutende Summen für den anderen Organisationsgebiet erreicht worden; so heißt allein Mühlhausen für jährl. Kürzung 2831 Pf. von der Sonderfrage und 2025 Pf. von der Lohnfrage erzielt werden. Umgerechnet auf ein Jahr, dieses zu den Arbeitswochen ausgerechnet, macht das die Summe von 1742400 Pf. aus. Gegenüber dem Ursprung an Arbeitsverdienst von 10800 Pf. durch Streiks und Ausperrungen verbleibt immer noch ein Überschuß von 1634336 Pf. der anderen Kollegen durch die Wirkungen der Organisation gewonnen wurde. Wir möchten uns da an das Ergebnis der Tarifbewegung der Deutschen Arbeitgeber-Verbande freuen, doch die bestehenden Unterschiede machen es unmöglich, darüber zu sprechen. So auch hier wieder den Arbeitern vorzuhomme, daß wir die Ergebnisse der bestreitenen Preise zu fordern und die Ergebnisse der bestreitenen Löhne und der Lohnforderungen zu fordern.

Überhaupt sind noch bedeutende Summen für den anderen Organisationsgebiet erreicht worden; so heißt allein Mühlhausen für jährl. Kürzung 2831 Pf. von der Sonderfrage und 2025 Pf. von der Lohnfrage erzielt werden. Umgerechnet auf ein Jahr, dieses zu den Arbeitswochen ausgerechnet, macht das die Summe von 1742400 Pf. aus. Gegenüber dem Ursprung an Arbeitsverdienst von 10800 Pf. durch Streiks und Ausperrungen verbleibt immer noch ein Überschuß von 1634336 Pf. der anderen Kollegen durch die Wirkungen der Organisation gewonnen wurde. Wir möchten uns da an das Ergebnis der Tarifbewegung der Deutschen Arbeitgeber-Verbande freuen, doch die bestehenden Unterschiede machen es unmöglich, darüber zu sprechen. So auch hier wieder den Arbeitern vorzuhomme, daß wir die Ergebnisse der bestreitenen Preise zu fordern und die Ergebnisse der bestreitenen Löhne und der Lohnforderungen zu fordern.

Überhaupt sind noch bedeutende Summen für den anderen Organisationsgebiet erreicht worden; so heißt allein Mühlhausen für jährl. Kürzung 2831 Pf. von der Sonderfrage und 2025 Pf. von der Lohnfrage erzielt werden. Umgerechnet auf ein Jahr, dieses zu den Arbeitswochen ausgerechnet, macht das die Summe von 1742400 Pf. aus. Gegenüber dem Ursprung an Arbeitsverdienst von 10800 Pf. durch Streiks und Ausperrungen verbleibt immer noch ein Überschuß von 1634336 Pf. der anderen Kollegen durch die Wirkungen der Organisation gewonnen wurde. Wir möchten uns da an das Ergebnis der Tarifbewegung der Deutschen Arbeitgeber-Verbande freuen, doch die bestehenden Unterschiede machen es unmöglich, darüber zu sprechen. So auch hier wieder den Arbeitern vorzuhomme, daß wir die Ergebnisse der bestreitenen Preise zu fordern und die Ergebnisse der bestreitenen Löhne und der Lohnforderungen zu fordern.

Überhaupt sind noch bedeutende Summen für den anderen Organisationsgebiet erreicht worden; so heißt allein Mühlhausen für jährl. Kürzung 2831 Pf. von der Sonderfrage und 2025 Pf. von der Lohnfrage erzielt werden. Umgerechnet auf ein Jahr, dieses zu den Arbeitswochen ausgerechnet, macht das die Summe von 1742400 Pf. aus. Gegenüber dem Ursprung an Arbeitsverdienst von 10800 Pf. durch Streiks und Ausperrungen verbleibt immer noch ein Überschuß von 1634336 Pf. der anderen Kollegen durch die Wirkungen der Organisation gewonnen wurde. Wir möchten uns da an das Ergebnis der Tarifbewegung der Deutschen Arbeitgeber-Verbande freuen, doch die bestehenden Unterschiede machen es unmöglich, darüber zu sprechen. So auch hier wieder den Arbeitern vorzuhomme, daß wir die Ergebnisse der bestreitenen Preise zu fordern und die Ergebnisse der bestreitenen Löhne und der Lohnforderungen zu fordern.

Überhaupt sind noch bedeutende Summen für den anderen Organisationsgebiet erreicht worden; so heißt allein Mühlhausen für jährl. Kürzung 2831 Pf. von der Sonderfrage und 2025 Pf. von der Lohnfrage erzielt werden. Umgerechnet auf ein Jahr, dieses zu den Arbeitswochen ausgerechnet, macht das die Summe von 1742400 Pf. aus. Gegenüber dem Ursprung an Arbeitsverdienst von 10800 Pf. durch Streiks und Ausperrungen verbleibt immer noch ein Überschuß von 1634336 Pf. der anderen Kollegen durch die Wirkungen der Organisation gewonnen wurde. Wir möchten uns da an das Ergebnis der Tarifbewegung der Deutschen Arbeitgeber-Verbande freuen, doch die bestehenden Unterschiede machen es unmöglich, darüber zu sprechen. So auch hier wieder den Arbeitern vorzuhomme, daß wir die Ergebnisse der bestreitenen Preise zu fordern und die Ergebnisse der bestreitenen Löhne und der Lohnforderungen zu fordern.

Überhaupt sind noch bedeutende Summen für den anderen Organisationsgebiet erreicht worden; so heißt allein Mühlhausen für jährl. Kürzung 2831 Pf. von der Sonderfrage und 2025 Pf. von der Lohnfrage erzielt werden. Umgerechnet auf ein Jahr, dieses zu den Arbeitswochen ausgerechnet, macht das die Summe von 1742400 Pf. aus. Gegenüber dem Ursprung an Arbeitsverdienst von 10800 Pf. durch Streiks und Ausperrungen verbleibt immer noch ein Überschuß von 1634336 Pf. der anderen Kollegen durch die Wirkungen der Organisation gewonnen wurde. Wir möchten uns da an das Ergebnis der Tarifbewegung der Deutschen Arbeitgeber-Verbande freuen, doch die bestehenden Unterschiede machen es unmöglich, darüber zu sprechen. So auch hier wieder den Arbeitern vorzuhomme, daß wir die Ergebnisse der bestreitenen Preise zu fordern und die Ergebnisse der bestreitenen Löhne und der Lohnforderungen zu fordern.

Wo sitzen die Heizer?

In Nr. 11 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung befindet sich auf Seite 126 und 127 unter Eisenindustrie eine Notiz aus Stuttgart, die den Tatsachen durchaus nicht entspricht. Der Schreiber der Notiz ist mit den Verhältnissen genau vertraut, er stellt also die Wahrheit wider besseres Wissen auf den Kopf und versucht oben, die Gesamtorganisation der Metallindustriellen gegen den Verband der Metallindustriellen in Württemberg scharf zu machen. Wir überlassen es selbstverständlich dieser Organisation, sich auf die ihr geeignete erscheinende Weise mit den Hezern in der Redaktion der Arbeitgeber-Zeitung auseinanderzusetzen, aber soweit uns berührende Dinge entstehen werden, schen wir uns doch genötigt, zu antworten.

Dass bei den Firmen "Fortunawerke" und "Vormalskompanie" in Cannstatt nicht alles in Ordnung ist, geht doch schon daraus hervor, daß der Arbeitgeber-Verband selbst der Firma empfehlen mußte, den Arbeiter, der der Organisation nicht beitreten wollte, zu entlassen. Und was den "sozialdemokratischen Hezer" anbelangt, so verweisen wir auf eine Betriebsversammlung, die von einigen hundert Arbeitern der beiden Werke besucht war und in der der Chef der Firma, Herr Hirth, selbst erklärte: "Er erkenne unumwunden an, daß die Sozialdemokratie sehr viel gutes geleistet habe." Anhänger einer solchen Gesellschaft zu sein, der der Chef der Arbeiter selbst ein solches Zeugnis ausstellt, kann nun doch kein so großes Verbrechen sein, mindestens existiert aber doch bei der Firma eine "Sozialdemokratie", wenn man auf einer Seite die Sozialdemokratie lobt, ihre Anhänger aber magregelt.

Herner wird in dem Artikel mit einer Siedheit, die einem fast

die Meinung beibringen könnte, es wäre wahr, daß keine fortgeschrittenen Maßregelungen vorgenommen seien, befürchtet, daß die Arbeiter in bezug auf das Alfordwesen keine Rücksicht gesetzt hätten u. s. w. Nur, wir können nicht wissen, wie weit das Gedächtnis der Firma zurückreicht, aber erinnern wollen wir sie, daß sie unten am 31. Juli 1906 einen von den Herren Hirth und Silberstein unterzeichneten Brief an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gerichtet hat, in der sie der Verwaltung mitteilt, daß sie sich mit der Regelung des Alfordwesens beschäftigt und um bald weitere Nachrichen zu informieren läßt. Das ausgerechnet fast nur immer unsere Betriebsleute oder solche, die man dafür ansah, "gefangen" sind, ist natürlich "reiner Zufall", bei der "Objektivität" des Herrn Hirth und der anderen Chefs kann es ja gar nicht anders sein, und die "alle ehrlische Arbeitgeber-Zeitung" würde es sonst ja auch nicht behaupten.

Nun kommt aber das Schönste. Der Firma seien Forderungen vorgelegt worden, die absolut unannehmbar sind, die eine geradezu ungeheuerliche Zunahme enthalten. Ehe wir hier darauf eingehen, welche Stellung die Arbeitgeberorganisation zu solchen ist von uns gemachten "Zunahmen" einnimmt, wollen wir dem Heftblatt mitteilen, daß bei einem Geschäftsfreund des Chefs der Fortuna-Werke, der selbst über 60 Arbeiter beschäftigt, folgende Bestimmung in bezug auf die Alfordarbeit besteht:

Die Alfordsätze werden den Arbeitern vor Übernahme der Arbeit stets gleich verteilt. Forderungen an den Alfordzahlen unterliegen der gegenseitigen Vereinbarung und werden nur nach vorheriger Einverständigung mit den betreffenden Arbeitern vorgenommen. Röntzen sich beide Teile über die Neufestsetzung eines Alfordes nicht einigen, so ist von den betreffenden Arbeitern eine das drei an der Seite unbeteiligten Kollegen beschwerte Kommission zu etablieren, die mit entscheidet.

In allen Fällen, in denen bei Alfordpreisregulierungen eine Erhöhung zwischen der Firma und den in Frage kommenden Arbeitern nicht erzielt wird, sind neben der vorgelesenen Kommission Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Begutachtung und Entscheidung einzuladen, um dadurch eventuelle Unstimmigkeiten zu verhindern.

Wenn nun die Arbeitgeber-Zeitung bei diesen Betrieben erfuhrden würde, so würde sie bestätigt werden, daß diese "ungeheure Zunahmen" doch beitreten und doch begegneten haben, den Freuden in dem Bereich wesentlich zu fördern. Dieser Unterricht könnte ihr auch Mithilfe machen, wie es mit dem zweiten Teil in die Sache gefügt sei. Ca' kann ja verhöhnen. Denn vor ganz langer Zeit war im Bereich der Handelskammer für Stuttgart, die genau nicht unter dem Einfluß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes steht, über die Erfahrungen mit den oft schändigen Arbeitszeit in der elektrolytischen Industrie zu lesen:

... Geprungen, in zwei Schichten zu arbeiten; zu arbeiten, um die Sicherung, daß Alfordarbeiter in acht Stunden eingeschoben werden, wie früher in neun Stunden, ist etw. erheblicher Belastung infolge mangelhafter Bedingungen infolge mangelhafter Planung und schlechter Arbeitsmittel, daß die beiden Schichten an denselben Alforden arbeiten. Ich führe die aufwendige Sicherung ein in der Übergangszeit, daß ich besser habe als bisher. Von Seiten der Gewerkschaft bin ich insofern unterstützt worden, als man zeigen wollte, daß in der kürzeren Zeit dasselbe geleistet werden kann, wie bisher in der längeren Arbeitszeit.

... Geprungen, in zwei Schichten zu arbeiten; zu arbeiten, um die Sicherung, daß Alfordarbeiter in acht Stunden eingeschoben werden, wie früher in neun Stunden, ist etw. erheblicher Belastung infolge mangelhafter Bedingungen infolge mangelhafter Planung und schlechter Arbeitsmittel, daß die beiden Schichten an denselben Alforden arbeiten. Ich führe die aufwendige Sicherung ein in der Übergangszeit, daß ich besser habe als bisher. Von Seiten der Gewerkschaft bin ich insofern unterstützt worden, als man zeigen wollte, daß in der kürzeren Zeit dasselbe geleistet werden kann, wie bisher in der längeren Arbeitszeit.

... Geprungen, in zwei Schichten zu arbeiten; zu arbeiten, um die Sicherung, daß Alfordarbeiter in acht Stunden eingeschoben werden, wie früher in neun Stunden, ist etw. erheblicher Belastung infolge mangelhafter Bedingungen infolge mangelhafter Planung und schlechter Arbeitsmittel, daß die beiden Schichten an denselben Alforden arbeiten. Ich führe die aufwendige Sicherung ein in der Übergangszeit, daß ich besser habe als bisher. Von Seiten der Gewerkschaft bin ich insofern unterstützt worden, als man zeigen wollte, daß in der kürzeren Zeit dasselbe geleistet werden kann, wie bisher in der längeren Arbeitszeit.

... Geprungen, in zwei Schichten zu arbeiten; zu arbeiten, um die Sicherung, daß Alfordarbeiter in acht Stunden eingeschoben werden, wie früher in neun Stunden, ist etw. erheblicher Belastung infolge mangelhafter Bedingungen infolge mangelhafter Planung und schlechter Arbeitsmittel, daß die beiden Schichten an denselben Alforden arbeiten. Ich führe die aufwendige Sicherung ein in der Übergangszeit, daß ich besser habe als bisher. Von Seiten der Gewerkschaft bin ich insofern unterstützt worden, als man zeigen wollte, daß in der kürzeren Zeit dasselbe geleistet werden kann, wie bisher in der längeren Arbeitszeit.

Es muß weit gekommen sein bei diesem Scharfmacherorgan, wenn seine Logik auf derart schwachen Füßen steht. Wenn man aber seinen ganzen Verstand verbraucht, um neue Lügen zu den alten zu erfinden, dann passieren eben solche logischen Purzelbäume. Aber in Anderen betrachtet dessen wird es niemand wundern, wenn wir, Ogenhjern variieren, sagen: Ihr Unternehmer ist nicht, mit wie wenig Verstand eure Zeitung redigiert wird und mit welcher Struppellosigkeit darin die Tatsachen verdreht werden, einzig und allein aber nur, um hezen zu können.

Zur Generalversammlung.

Bei einem so ausgebauten Unterstützungsysten, wie es unsere Organisation den Mitglied

wendungen für ihre Organisation machen können. Notwendig erscheint sie aber für unsere Organisation im Interesse der Mitglieder, die noch erst eine Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarten, daraus hinauszutreten. Allerdings haben wir im Beitragszahler und Unterstützungsmpfänger noch keinen Kämpfer. Auch nach der Richtung hin müssen unsere Kolleginnen mehr verpflichtet werden. Es ist wahr, die Mitarbeit am Aufbau der Organisation lässt bei den Kolleginnen sehr viel zu wünschen übrig. Darum aber muss dem Wahrspruch: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten Geltung verschafft werden. Nicht immer ist es die Rückständigkeit unserer Kolleginnen, die es verschuldet, dass sie untätig beiseite stehen, sondern auch Erwägungen, wie ich sie schon kennzeichne, spielen dabei eine Rolle. Im Interesse der Aktionsfähigkeit unseres Verbandes ist es notwendig, dass allen Mitgliedern, auch den weiblichen, die Möglichkeit geboten wird, Mithilfe zu werden. Nicht nur ein Streit, eine Lohnbewegung ist ein Kampf, er spielt sich tagtäglich ab im Arbeitsverhältnis, zumal es jetzt nicht mehr genügt, dass man dem Unternehmer die Arbeitskraft verkauft, sondern dass er auch die Arbeitnehmer verlangt, wie die zunehmende "Geldsucht" beweist, zu deren Ausbreitung ja auch in der Metallindustrie das menschliche geleistet wird. Im festen Zusammenschluss aller Kolleginnen und Kollegen können wir im Kampfe gegen den Kapitalismus und auch im Kampfe gegen eine rückständige Auffassung einzelner Kollegen gerade noch einmal soviel erreichen als bisher, wenn die Kolleginnen und Kollegen nur es ernster als bisher mit ihren Aufgaben als Verbandsmitglieder nehmen würden. Dafür, dass es jedem Mitglied ermöglicht wird, tatkräftiger mitzuwirken wie bisher, muss unbedingt gesorgt werden.

Auguste Radde, Berlin.

Gehen wir uns nach der Wahlbekanntmachung in Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung an, wie unsere diesjährige Generalversammlung zusammengefasst sein wird, so finden wir zunächst, dass sie ohne die Vertreter des Vorstandes, des Ausschusses, der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung und etwaige Gäste, durch 200 stimmberechtigte Abgeordnete gebildet werden wird. Jeder, der die Tätigkeit solcher Generalversammlungen kennt, wird angeben, dass durch eine so große Teilnehmerzahl die Verhandlungen nur unliebsam erschwert und aufgehoben werden, während ein gebeißliches Wirken für den Verband bei einer ungefähr halb so großen Zahl von Teilnehmern viel besser ermöglicht wird. Zudem würden dann auch die Kosten erheblich geringer. Aus diesen Gründen würde es sich also empfehlen, für die Folge auf eine wesentliche Verminderung der Zahl der Abgeordneten Bedacht zu nehmen, was ja am einfachsten dadurch zu erreichen wäre, wenn in § 22 Abs. 3 des Statuts die Zahl der Mitglieder, für die ein Abgeordneter zu wählen ist, entsprechend erhöht würde. Gehen wir uns nun aber die Wahlbekanntmachung noch etwas näher an, so finden wir weiter, dass zur diesjährigen Generalversammlung von 33 Verwaltungstellen, die je für sich eine Wahlabteilung bilden, allein schon 141 Delegierte entsandt werden, während das ganze übrige Deutschland nur durch 69 Delegierte vertreten wird. Dieses Verhältnis muss wohl als ein mißliches bezeichnet werden. Ich halte es für notwendig, dass den vielen mittleren und kleinen Verwaltungstellen, besonders bei Fragen, wie Erhöhung der Beiträge, Einführung von Staffelbeiträgen u. s. w., etwas mehr Einfluss auf die Generalversammlung und dadurch auch auf die Weiterentwicklung des Verbandes gesichert wird. Die in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung befürdliche Gegenüberstellung unseres Verbandes mit dem Hirsch-Danckerschen Gewerkeverein zeigt uns, dass unser Verband in einer sehr großen Zahl von kleineren Orten noch keinen Eingang gefunden hat, in denen der Gewerkeverein bereits Mitglieder und Verwaltungstellen besitzt. Dies sollte uns veranlassen, danach zu trachten, dass auch unser Verband mehr als bisher in den kleineren Orten Fuß fahrt. Um das zu können, müssen aber die Verhältnisse in den kleineren Orten, die nur eben noch andere sind, als in den Großstädten, mehr berücksichtigt werden und in der Generalversammlung mehr zur Geltung kommen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend habe ich zu § 22 Abs. 3 des Statuts einen Änderungsantrag für die Generalversammlung eingereicht, wonach für die Bezirke der bisherige Wahlmodus bestehen bleibt, jedoch für die Verwaltungstellen, die für sich je eine Wahlabteilung bilden, nach der Größe progressiv auch die Zahl der Mitglieder steigt, auf die ein Abgeordneter entfällt. Ob die vor mir vorgelegene Stufenenteilung annehmbar ist oder ob eine weniger progressiv ansteigende Tafel erscheint, darüber wird die Statutenberatungskommission am besten befinden können. Durch eine Änderung in der Richtung meines Antrags würde zugleich mit der Verminderung der Zahl der Abgeordneten das allzugroße Überwiegen der Großstädte auf den Generalversammlungen mehr beschränkt werden. Ich ersuche nun die Kollegien, meinen Vorschlag zu prüfen und ihre Meinung darüber den Delegierten mitzugeben, oder auch schon vorher im Verbandsorgan zum Ausdruck zu bringen. G. Bornemann, Braunschweig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Fertümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragseistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, dass mit Sonntag dem 31. März der 14. Monatsbeitrag für die Zeit vom 31. März bis 6. April 1907 fällig ist.

Mit Rücksicht auf die zurzeit im Graveur-Verband erhobenen Extrafessuren ist es angezeigt, dass Anträge von einzelnen Mitgliedern des Graveur-Verbandes auf Übertritt zu unserem Verband nicht statthaften, sondern den betreffenden Kollegen erklärt wird, dass sie die gewünschte Sachs besser fördern, wenn sie vorerst noch Mitglied des Graveur-Verbandes bleiben und dort in ihrer Mitgliedschaft Propaganda für den Anschluss ihrer Organisation an den Deutschen Metallarbeiter-Verband machen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle Berlin 25 Pf. pro Woche ab 1. April 1907; der Verwaltungsstelle Emmerdingen 5 Pf. pro Woche ab 1. April 1907.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Erziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 8a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Norden:

Der Gießereiarbeiter Heinrich Leimbach, geb. am 21. Mai 1882 zu Lachen, Lit. A. Buch-Nr. 2569, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altena:

Der former Adolf Küchelhaus, geb. am 30. September 1886 zu Lüdenscheid, Lit. A. Buch-Nr. 18711;

der former Hermann Kaiser, geb. am 22. Februar 1878 zu Gladbeck, Lit. A. Buch-Nr. 18738, beide wegen Sperrfeuer.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Der Preiser Franz Roth, geb. am 2. September 1889 zu Berlin, Buch-Nr. 99560, wegen Streifbruch;

der Kermacher Herm. Pitschewski, geb. am 23. Juni 1890 zu Düsseldorf, Buch-Nr. 988589;

der Zulager Wilhelm Rose, geb. am 28. November 1880 zu Luckenwalde, Buch-Nr. 993946, beide wegen unkollegalem Verhalten;

der Schlosser S. Sznielski, geb. am 2. Mai 1887 zu Posen, Buch-Nr. 995888;

der Arbeiter Fritz Loos, geb. am 12. Mai 1870 zu Sieberose, Buch-Nr. 894895;

der Werkzeugmacher Ludwig Beyer, geb. am 12. April 1872 zu Luckenwalde, Buch-Nr. 473426; der Schlosser Ernst Jagata, geb. am 2. zu ?, Buch-Nr. 987625; der Schlosser Streubel, geb. am 2. zu ?, Buch-Nr. 982396; der Maschinenarbeiter Ernst Pähöld, geb. am 2. zu ?, Buch-Nr. 997602; der Schlosser Franz Benecke, geb. am 2. zu ?, Buch-Nr. 987830, sämtliche wegen Durchbrechung von Werkstattbeschlägen; der Werkzeugschlosser Gustav Günther, geb. am 26. Okt. 1876 zu Breslau, Buch-Nr. 868891, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern;

die Arbeitstechnik Alma Holz, geb. am 26. Juli ? zu Gr. Neuendorf, Buch-Nr. 860945, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:

Der Klempner Albert Leonhardt, geb. am 26. April 1877 zu Altona, Buch-Nr. 328774, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kaiserslautern:

Der Bohrer Ludwig Wagner, geb. am 28. Juli 1875 zu Trippstadt, Buch-Nr. 968203;

der Dreher Adolf Heil, geb. am 31. Dezember 1882 zu Morslaufen, Buch-Nr. 884860;

der Eisendreher Michael Barth, geb. am 17. November 1856 zu Erlenhof, Lit. A. Buch-Nr. 88457;

der Dreher Karl Bentel, geb. am 27. Oktober 1877 zu Gerweilerhof, Buch-Nr. 884829;

der Fassondreher Peter Möckmann, geb. am 29. Dezember 1860 zu Kaiserslautern, Lit. A. Buch-Nr. 44847;

der Monteur Christian Kriener, geb. am ? zu Kaiserslautern, Lit. A. Buch-Nr. 44757;

der Schleifer Konrad Hach, geb. am 15. August 1876 zu Siegbach, Buch-Nr. 908927;

der Schleifer Franz Engel, geb. am 28. Juli 1881 zu Otterberg, Buch-Nr. 976116;

der Schlosser Jakob Benkel, geb. am 7. November 1881 zu Gerweilerhof, Lit. A. Buch-Nr. 88423;

der Schlosser Johannes Schwender, geb. am 27. Nov. 1873 zu Kaiserslautern, Lit. A. Buch-Nr. 88394;

der Schlosser Jakob Blum, geb. 28. Oktober 1870 zu Kaiserslautern, Buch-Nr. 829577;

der Metallarbeiter Michael Stride, geb. am 4. August 1874 zu Marhausen in Ostpreußen, Buch-Nr. 659630;

der Dreher Heinrich Stahl, geb. am 5. April 1867 zu Kaiserslautern, Buch-Nr. 908907;

der Schlosser Friedrich Dreßler, geb. am 7. Februar 1888 zu Kaiserslautern, Lit. A. Buch-Nr. 88367;

der Schlosser Friedrich Eick, geb. am 12. Juli 1880 zu Kaiserslautern, Lit. A. Buch-Nr. 112016, sämtliche wegen Streifbruch.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Leipzig:

Der former Hermann Müller, geb. am 27. Aug. 1852 zu Bützow, Buch-Nr. 28495;

der Kermacher Max Kreisse, geb. am 24. Juni 1878 zu L. Plagwitz, Buch-Nr. 956208, beide wegen unkollegalem Verhalten und Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Spittelau:

Der former Louis Kupko, geb. am 24. Dezbr. 1865 zu Bockberg, Buch-Nr. 588795, wegen unkollegalem Verhalten.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Leipzig:

Der former Julius Haferkorn, geb. am 8. Aug. 1880 zu Leipzg, Buch-Nr. 522602, wegen unkollegalem Verhalten und Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mainz:

Der former August Schuster, geb. am 2. März 1870 zu Dorfmund, wegen unkollegalem Verhalten und Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schweiningen:

Der Metalldrucker Adolf Kaiser, geb. am 5. Januar 1878 zu Ludwigsburg, Buch-Nr. 962561, wegen unkollegalem Verhalten.

Wieder aufgenommen werden:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Trierlohu:

Der former Emil Krüger, geb. am 7. Jan. 1865 zu Berlin.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rathenow:

Der Dreher Karl Kappel, geb. am 17. Dezember 1887 zu Steckelsdorf.

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:

Der Arbeiter Paul Trispel, Buch-Nr. 855119, wegen Durchbrechung von Werkstattbeschlägen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Freiburg i. Br.:

Der Glaschner Ludwig Schneider, geb. am 27. Dezember 1880, Buch-Nr. 312130, wegen unkollegalem Verhalten und Schädigung von Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtstüchtigkeit:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen den gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinende Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altena:

Der former Johann Pachmann, geb. am 23. Juni 1872 zu Bochum, Buch-Nr. 772728, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Zwischen:

Der Schlosser Emil Paul Fürst, Buch-Nr. 898119, wegen Nichtabliefern von Verbandsgeldern.

Gewarnt wird vor dem Gießgässer Max Bachmann, geb. 1888 zu Luckau i. Sachs. Derselbe hat in Saulgau Verbandsmitglied Gelder abgenommen und für sich verwendet, indem er sich als Betrauensmann ausgab;

vor dem former Heinrich Körten, geb. zu Ohlsburg bei Bielefeld. Derselbe gibt an, sein Buch verloren zu haben oder dass es ihm gestohlen wurde, und sucht auf diese Art die Ortsverwaltungen zu täuschen.

Berichtigung.

Die Verwaltungsstelle Kaiserslautern teilt mit, dass der in Nr. 9 der Metallarbeiter-Zeitung ausgeschlossene Schlosser Jakob Dinges, Buch-Nr. 894957, am 12. Mai 1888 zu Kaiserslautern und nicht 1874 zu Borsdorf geboren ist. Der nicht wieder aufgenommene Schleifer heißt Peter Köhler und nicht Köhle, wie in Nr. 9 angegeben ist.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Nähe Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu benennen, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruss Der Vorstand.

Haus den Agitationsbezirken.

Vierter Bezirk.

Den Bewerbern um die in Nr. 7 der Metallarbeiter-Zeitung ausgeschriebenen Geschäftsführerstellen der Einzelmitgliedschaften des 4. Bezirks (Dresden) und Freiburg i. S. hierdurch zur Nachricht, dass diese Posten mit den Kollegen Siegler-Knie, Baumann-Leipzig und Gößbaum-Mügeln besetzt wurden. Alle übrigen Bewerbungen gelten hierdurch als erledigt.

Die Beauftragung des 4. Bezirkes

M. Haack und W. Heldt.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

von Geilenhanern, Schleifern und Hörtern nach Brandenburg Str.; nach Köln, Mülheim a. Rh., Kalk und Höhenberg; nach Ludwigshafen (Soh. Rot); nach Magdeburg (F. Meissmann) St.; nach Stoffen (Müller & Greif) A.;

von Glaschauern nach Konstanz (Hummel) D.; nach Trossingen (Chr. Frion) Mi;

von Formern, Eisengießereibauern und Keramikern nach Nachen D.; nach Arnstadt i. Thür. (Gleichmann & Koch) Mi;

nach Barmen (Füger, Baresch) St.; nach Düsseldorf D.; nach Fulda (Reis) M.; nach Gelsenkirchen (Gussstahl- und Eisenwerk vorm. Münchener Abt. Martinwerk) Mi.; nach Gronau i. M.; nach Kettwig a. D. M. (Maschinenfabrik Haid & Neu) M.; nach Kettwig a. D. M. (Maschinenfabrik Eisen- und Eisenwaren Gebr. Ruhrmann) Mi.; nach Lippestadt (Westfälische Metallindustrie) D.; nach Löcknitz bei Stettin, D.; nach Massenmünster i. Els., Sulz, Oberholz und Mühlhausen i. Els. (Voigt & Co.) D.; nach Montabaur (Joseph Döhl) Mi.; nach München-Gladbach (Haubold & Co.) M.; nach Nienburg a. S. (Münchener Eisenferterei u. Maschinenfabrik) St.; nach Oschersleben (Bartels) M.; nach Saarbrücken (Sauerbräu) Mi.; nach Stettin bei Lörrach (Wöhner) St.; nach Weilbach b. Miltenberg a. Main (Fellner & Ziegler) v. St.; von Gürtlern, Preßern, Metallformern und Gießereien nach Offenbach a. M. (Firmen Bildmann, Böhm) St.; von Kesselschmieden und Blechschmieden nach Mülheim a. Rhein (Th. Lamien) M.; nach Richterswil, Schweiz, Str.; nach Stuttgart (Oskar Kittel vorm. Fiedler) St.; von Steinpuren nach Böbeln (Johannes Großhus) D.; nach Har

dort, wo diese Gesellschaft Gastrollen gibt, um die Arbeiter für ihre „Weltanschauung“ zu gewinnen, auf das törichte Beginner hinzuweisen und die unwürdige Haltung der „christlichen“ Gewerkschaftsführer bei den bisherigen Lohnkämpfen zu zeigen. Am Sonntag den 10. März hatten nun auch in dieser Gegend die „Christen“ ihre Meje ausgeworfen, um im trüben zu fischen. Man berief zu diesem Zwecke eine allgemeine Versammlung ein, in der als Referenten Herr Gerhardt aus Gründ und Fräulein Knorr aus Freiburg auftraten, die sich über die „Segenstreichen“ Einrichtungen der „christlichen“ Gewerkschaften verbreiteten. Fast die Hälfte der Anwesenden bestand aus freien Gewerkschaftern. Ein Lehrer eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß die Gründung einer christlichen Gewerkschaft eine „patriotische, nationale Tat“ sei. Darüber gibt es nun allerdings verschiedene Ansichten, die Schatzmacher verschiedener Couleure, die den Patriotismus gepachtet haben, werden dem Herrn Lehrer ob seiner nationalen Tat den gebührenden Dank gewiß nicht versagen. Nach einer kurzen Geschäftsausordnungsdebatte bequemte man sich dazu, dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollegen Gaiteiger, eine Stunde Redezeit zu zugeschenken. Fräulein Knorr bemerkte eingangs gleich, daß sie keine Vergleiche anstellen wolle zwischen dem „christlichen“ und dem freien Metallarbeiter-Verband und blieb auch im ersten Teile ihrer Ausführungen ziemlich sachlich. Als sie aber auf die Sozialdemokratie zu sprechen kam, mußte man sich sagen, daß bei ihr von Kenntnis der Arbeiterbewegung keine Spur vorhanden war, so daß es viel besser für die Rednerin gewesen wäre, wenn sie dem Grundsatz gehuldigt hätte: Schweigen ist Gold und Reden ist — Blech. Wie mag man nur von Zerstörung der Familie durch die Sozialdemokratie faseln und gar Dinge anführen als Beweis hierfür, wie zum Beispiel: die Anregungen von sozialdemokratischen Gemeindevertretern in ihren Kommunalverwaltungen auf Verabreichung eines warmen Frühstücks an unbemittelte Schul Kinder oder Errichtung von Speisehäuschen, Krippenanstalten etc. Wer das Absicht aber gebetenloses Nachplappern der in R.-Gledbach eingetrichterten Weisheit? Unter solchen Umständen war es dem Kollegen Gaiteiger ein Leichtes, den Versammelten die wahren Feinde des heutigen Familienlebens vorzuführen. Es sei traurig, daß in unserer heutigen „christlichen“ Staatsbeamtheit die Kinder der Arbeiter nicht einmal satt zu essen bekommen und daß allen Vorschlägen zur Verbesserung der überaus schlechten Lage der arbeitenden Klasse auch von den Vertretern des Christentums der stärkste Widerstand entgegengesetzt wird. Redner schilderte die Not und das Elend der deutschen Arbeiter, speziell der in den staatlichen „Wirtschaftsanstalten“, verwies auf das Denunziatentum, das in diesen Betrieben großgejogt wird, so daß die Arbeiter zu ängstlich werden, um von ihren staatsbürgerslichen Rechten, vom Koalitionsrecht u. i. m. Gebrauch zu machen. Eine Besserung in dieser Beziehung sei nur zu erwarten, wenn die Arbeiter von Wafferaufstieg fahrt und sondern dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sich anschließen. Diese Organisation habe es verstanden, in ganz kurzer Zeit bedeutende Erfolge für die Arbeiter zu erzielen. An der Hand eines unumstößlichen Zahlensmaterials war es dem Redner möglich, den Anwesenden die Überzeugung zu verbringen, daß die „Christlichen“ im Vergleich zu den freien Gewerkschaften bedeutsungslos ihr Dasein fröten. Schon der Mitgliedsstand der beiden in Betracht kommenden Organisationen (Deutscher Metallarbeiter-Verband mit seinen 355 000 Mitgliedern und Christlicher Metallarbeiter-Verband mit 25 000 Mitgliedern) zeigt den Arbeitern, welchen Weg sie zu gehen haben. Nach dem Kollegen Gaiteiger kam Gerhardt, der, obwohl er die Sachlichkeit seines Vorträgers ausdrücklich antritt, nichts anderes zu tun wußte, als lediglich die Sozialdemokratie zu beschimpfen, ja sogar ein Gericht zu eröffnen, was in Gründ über die Bezirksleitung und deren Beschriftlichkeit urteilte. Es war begreiflich, daß dem Redner danach seine Aussichtshilfe zuteil wurde und er unter allgemeiner Unruhe seine geäußerten Sprüche teils毫无用处地 zum besten geben mußte. Kollege Gaiteiger erwiderte dem „christlichen“ Arbeitersprecher Gerhardt und gab ihm die wohlverdiente Antwort. Es sei traurig, wenn ein Arbeitersführer betartige Gerüchte, von denen er im voraus weiß, daß Riedeckrath und Berlendtung die Urheber seien, überhaupt in einer Versammlung erwähne, dadurch sei eine weitere Charakterisierung des Redners nicht notwendig. Berlendt durch die Ausführungen Gerhardts und ein in der Versammlung vertretenes Blugblatt, das von Sügen und Schenabungen spricht, ging Kollege Gaiteiger auf die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu den Gewerkschaften ein und führte den Anwesenden vor Augen, daß neben der gewerkschaftlichen Tätigkeit auch eine politische Vertretung der Arbeiter notwendig sei. Und wenn der größte Teil der frei organisierten Arbeiter die Sozialdemokratie als ihre politische Vertretung betrachtet, so deshalb, weil dieselbe seit Jahren die Interessen der Arbeiter richtig und energisch vertreten hat. Es war den Einwohnern natürlich unangenehm, als Redner auf Bayern hinwies, wo gerade die christlichen Arbeitersprecher bei Bereitung über die Fahr- und Zubrissverhältnisse der bayerischen Eisenbahnen die arbeiterschädliche Lösung einen Tag legten und alle Verhinderungsmaßnahmen in Bezug auf die Arbeitszeit und Entlohnung, die von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden waren, ihr Jawortje des Prinzipiells ablehnten. Wenn im Blugblatt die Frage aufgeworfen worden sei, warum die Arbeiter den Arbeituntertag noch nicht haben, so sei darauf zu antworten, daß gerade jene Partei, in der die christlichen Gewerkschaften ihre politische Vertretung erblicken, im Sterbengemutter und später wieder hinzugewandt habe, die direkten englischen Pläne der sozialdemokratischen Abgeordneten niedergeschlagen. Nach im Bezug auf die Bereitung der Lebensmittel rouge das Recht der demokratische Pflichtschuld. Ursprünglich sei zu ersehen, welche Schulden die Arbeiter zu zahlen haben. Wenn eine Verhandlung seiner Fraktion ab ist, sei nicht mehr länger das Werk seiner Familie mit ansehen lassen, der trete ein in weitere Reihen, denn nur durch die einheitliche Organisation kann ein menschenbildendes Leben entstehen — Die Versammlung hat für uns einen großen Erfolg gezeigt. Der Arbeitersprecher wurde der einzuladende Tag gesetzt, wir

Gestalt. Schon mehrere Male ist an dieser Stelle an den Grundzügen und Rücksichten des großen Gewerbes der Schriftsteller Stich geblieben. Seiner Einheitlichkeit nicht entzogen werden, weil die große Bedeutung der Schriftsteller einer sozialen Revolution so einiges, was der Organisations- bzw. Demokratischen Arbeitgeber-Gesetz, insgeschlagen. Daß die Bevölkerung die demokratischen Tendenzen hat, das weiß man an ihrer Bewegung der Schriftsteller auf dem Oberhaupt. Es ist bei vielen Arbeitern in diesem Stile überaus und wird sogar von der Zeitung geschildert, daß an den Tagen in der Woche bis eben 10 Uhr, ja manchmal bis 12 Uhr gearbeitet wird. Und die Sätze? 25 bis 30 für den Schriftsteller die Schriftsteller (Schreiber) bekommen nur 1 bis 2. Aber diese kann dazu die Beschleierung der Schreiber durch die Bevölkerung in Betracht zieht, so daß man sich überzeugt werden, daß die Seite noch immer so richtig abgedeckt ist. Dass der Schreiber bezahlt, die die höchsten Arbeitnehmer ausbezahlt, mußte es ihnen aber schon doch zu fassen. Sie befürchten, um eine 10prozentige Arbeitsmehrung auszuholen. Daß Schreiber glauben, sie gehen bei den Funktionen weiter zu kommen, sie glauben nicht, daß sie jetzt so viele geschrieben erwerben können. Schreiber ist Schreiber abgelaufen. Doch bei den Schreibern hat die Schriftstellerin sich, wenn es an dem Schreiber geht. Das Schreiber aber die Seite der Schreiber werden ganz einfach abgelehnt. Der Schreiber kann nun nicht schreiben, ob er sie zu hören und zu verstehen. Da Schreiber noch, die werden in Länge mit einer bestimmten Seite Schreiber eindringen, als die Beschleierung nicht geht, dass ihr in einer ungewöhnlichen Weise geschworen, die geschieht ist, ihre Schreibungen auf alle Fälle bestätigt werden. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß man eben auf Wieder und Schreibende an einer Seite bestreikt, wenn man auch eben ist, nicht die Seite ausgenommen sein. So leicht und so leicht Schreiber geworden sind sie nicht, und nicht leicht ist es, die bei einer Seite bestätigt, die kann die Seite bestätigt nicht. Das heißt, der Schreiber der Schriftsteller, auch mit einer zur Organisation steht, höchstens dem Schreiber Standardarbeiter bestreikt es, kein

wo der Deutsche Metallarbeiter-Verband in der Lage ist, auf Grund seiner Mitgliederzahl den einzelnen Unternehmen, die ihren Arbeitern Verschlechterungen anbieten, entgegentreten zu können, besteht auch der persönliche Kampf gegen seine führenden Personen. Bei den ersten Kämpfen wagte man sich noch nicht so vollständig hervor, man verlegte sich darauf, allerhand unkontrollierbare Getüchte zu verbreiten. Bei der Reichstagswahl im vorigen Sommer wurde man schon etwas dreister und wagte sich mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit. Unstreitig steht aber allem die Krone auf ein gedrucktes Birkular aus der Zeit des Streiks bei Dörken, das uns jetzt erst in die Hände fällt. Das Birkular, das als Antwort auf ein Flugblatt von uns dienen sollte, wurde im letzten Augenblick von dem „Gefürder“ telephonisch in der Druckerei wieder abbestellt und die Exemplare, die fertig waren, hat man nur an die besten und bekanntesten der Verleumunderschaft gegeben. Diese wieder mußten dafür sorgen, daß das durchsichtete, was in dem Birkular geschrieben war. Um nun jedem Kollegen einen Blick in dieses Birkular, das man zum Spott und Hohn mit „Gerechtigkeit“ unterschrieben hat, zu gewähren, wollen wir es vollständig folgen lassen: Herr Aug. Haas verbreitete am Freitag mittag ein Flugblatt übertrieben: „Zum Streik bei der Firma Gebrüder Dörken“. Dieses Blatt steht von den üblichen allgemeinen Verhängnissen, das wesentliche der Vorlommisse, welche das Flugblatt behandelt, ist gedekelt und gedreht wiedergegeben. Wer als verteidigt Herr Haas, daß das Gewerbegericht die Klage des Formers H. abgewiesen hat? Abgewiesen mußte die Klage werden, weil von vier Sachverständigen, nämlich dem Arbeitshand angehörig, drei den Formerlohn von 80 Pf. als 1 Mt. für das streitige Gußstück als angemessen erklärt. Damit ist die Gerechtigkeit des Streiks erwiesen. Gleches Recht für alle! — Diesem wichtigsten Grundsatz gesellschaftlicher Ordnung huldigt Herr Haas nicht, denn er beziehungsweise die Arbeiter verhängen Streik über die Firma Gebrüder Dörken, daß aber dann andere Firmen, in gleichem Gefühl der Solidarität, wie es Herr Haas den Arbeitern empfiehlt, ihre Betriebe den streifenden Arbeitern sperren, das bezeichnet der rechtliebende Herr Haas als ein vor den Staatsanwalt gehörendes Verbrechen! Woher hat Herr Haas seine Kenntnis von den Löhnen? Hat Herr Haas jemals gearbeitet? Herr Haas möge bekannt geben, wo und was er gearbeitet hat, damit man ihm die edem ordentlichen Arbeiter zustehende Achtung gewähren kann. Während die streifenden Arbeiter seit vier Wochen den Hungerslohn von der Streifkasse genießen, statt ehrlich verdienten guten Lohnes, steht Herr Haas am Arme seiner Frau, welche im Samtgewand tragt, vom Schweize der Arbeiter beschafft, behaglich spazieren. Der Schlußakkord des Flugblatts, der Appell an die Arbeiter von Bevelsberg und Umgegend, zeigt deutlich, weshalb Herr Haas stivolerweise den Arbeitskampf vom Faune gebrochen hat. Herr Haas muß etwas tun für sein schönes Gehalt von 3000 Mt. und hohen Gewässern! Streiken und nichts verdienen muß der Arbeiter, damit er arm und unzufrieden wird, um dann desto sicherer, als vermeintliches letztes Hilfsmittel, sich dem Ritter Herrn Haas in die Arme werfen. Die Anhänger des Herrn Haas bezahlen pro Person ungefähr 50 Mt. pro Jahr in die Streifkasse, dazu lassen sie sich noch versöhnen, ihren Lohn aufzugeben. Arbeiter, rechnet einmal nach, auch kann kein Herrgott und auch kein Herr Haas diese Verluste wieder einholen! Arbeiter, befinnt euch! Gerechtigkeit! — Dieses Birkular beweist, daß die hiesigen Unternehmer und ihre Trabanten im Reichslügenverband nichts nachlassen, ja in puncto Schwindeln fast noch übertreffen. Diese Sorte „Gerechtigkeit“ verleumdet immer und immer wieder die Angehörigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbundes. Raum war am 1. November 1906 der Kollege Sendler von Solingen nach hier als Beamter gekommen, erschien fort in den einzelnen Betrieben ein Birkular, das einen Schimpftitel des Stahlwarenarbeiters (Organ der Solinger Lokalorganisation) gegen den Kollegen Sendler enthielt. Man verfolgt mit jeder Methode einzlig und allein den Zweck, die Arbeiter von ihrer Organisation fernzuhalten, dieses glaubt man am besten dadurch möglich zu bringen, daß man die Führer tüchtig verleumdet und sie Leute hinstellt, die sich von den Arbeitergroschen mästen. Es ist leider eine Tatsache, daß wir hier immer noch einen Teil Arbeiter haben, der auf derartige Verbächtigungen hineinfällt. Diese Arbeiter können ganz gut begreifen, daß die Unternehmer fortwährend wie anstellen, die ihnen die Geschäfte leiten. Diese Leute werden von dem Profit, der aus den Arbeitern heraußgeschunden wird, bestohlt. Das können diese beschränkten Arbeiter aber nicht begreifen, es die Arbeiter auch dazu übergehen und sich Leute anstellen, die sie, der Arbeiter Interessen vertraten. Jeder organisierte Metallarbeiter kann, wenn er die Generalsammlungen der Verwaltung besucht, genau gewahr werden, wie hoch das Gehalt der Geschäftsführer ist. Das dieses noch lange keine 3000 Mt. beträgt, es jedes Mitglied, daß aber die Unternehmer ihren Organisationszwecken das Doppelte und Dreifache an Gehalt bezahlen, das verweigert man wohlweislich. Wie hoch der Beitrag zu unserer Organisation pro Jahr ist, wissen die Arbeiter auch ganz genau, weil es nun doch in allen Versammlungen gesagt wird, es sind dieses aber Jahre noch keine 30 Mt., und dieses Geld ist nicht allein für Streiks, sondern auch für andere Unterstützungszeuge. Auf die richtigen gemeinen und persönlichen Anspieleien wollen wir nicht antworten, sondern es jedem selbst überlassen, sich über eine solche Anspruchswelle ein Urteil zu bilden. Das eine mögen sich die Herren er gezeigt sein lassen: wollen wir den Kampf derartig persönlich führen, so würden wir manchem hiesigen Unternehmer oder sonstigen Arbeiterfeind einen Spiegel vorhalten können, worüber er sich wundern würde. Sollten die Herren mal gern wissen wollen, wo und was der Genosse Haas gearbeitet hat, so könnten wir ihnen empfehlen, nach dem Metallarbeiterbureau zu berüthen, sie könnten dann die Arbeitszeugnisse sehen, worüber sie staunen würden. Unsere Gewerkschaft wird aber aus einer solchen verleumderischen Kampfesweise etwemmen können, was die Herren damit vorhaben. Es muß wohl von uns mit aller Kraft dahin gearbeitet werden, daß das

Gmünd (Schwab.). Zu Nr. 5 dieser Zeitung versprachen wir am Schluß eines Artikels, in dem die Haltung der „Christlichen“ am heutigen Tage frisch beleuchtet wurde, in nächster Zeit uns mit dem Verständnis dieser Gesellschaft etwas näher zu befassen. Dies macht es um so mehr notwendig, als der „schwarze“ Bezirksleiter Hollenstein seine Berufshandelt, in Gmünd würden die Gold- und Silberarbeiter massenweise aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband stechen und zu den „Christlichen“ übertraten. Das dies nicht zugehend ist, verdeutlicht der Umstand, daß wir trotz der gemeingesährlichen Qualitätsweise jener Gesellschaft unzureichend behauptet haben, ob einzelne Übertritte zu den „Christlichen“ erfolgt sind, wissen wir nicht. Diese wären aber nicht erfolgt, wenn nicht Himmel, Hölle und die — Geistlichkeit in Bewegung gesetzt worden wären. In den alljährlichen Ortschaften wird unseren Kollegiaten gegenüber erklär: „Du schämst dich nicht, als getaufte katholische Christen im sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband zu sein?“ Dazu noch ein „unwiderstehliches“ Wort des Ortspfarrers und der Übertritt ist fertig. Weil oder dessen Angehörige, die einen kleinen Spezereiladen offen habt bei uns Mitglied waren, wurden boykottiert. Die „Christlichen“ redeten in ihrem Mitgliederhundert vor einer Fälschung nicht auf. Es kam vor, daß ein junger Arbeiter bei uns schon einige Mitglied war. Sein Vater nahm dessen Mitgliedsbuch und übte den Übertritt für sich an. Die Zeitung des „christlichen“ verbündes läßt dann auch tatsächlich die bei uns geleisteten Seiten des Gebotes auf den Vater über. Nach einiger Zeit sahen sie er ein, daß derartige Plakatulationen dann doch nicht gehen, weshalb sie die Autoren ihre Taten teilsagten. Ihr Hauptziel, was ein Mitglied abgestreben hat haben, war ja errölt. Bei der unlangst gehabten Generalversammlung des heutigen Konsumentenvereins faselte der Leiter dieser Fünfzig der „Christlichen“ von Terrorismus, der jetzt nie ausgetrieben werde. Zur gleichen Zeit tagte die Generalversammlung der St. Josefstrafenkasse, der Kurt Starz mit Mitgliedern des Gesellenvereins angehören können. In dieser Versammlung wurde bekannt gegeben, daß im Gesellenverein frei organisierte Arbeitsausgeschäftsgruppen mitsitzen sollen, deum daß auch der Auschluß aus

Lügen der „Christlichen“ kein Terrorismus, wenn Arbeiter, die vielleicht schon 20 Jahre dieser Krankenkasse angehören und Rechte erworben haben, dann plötzlich, weil sie einsehen gelernt haben, daß ihre Arbeiterinteressen in einer freien Organisation besser gewahrt werden als in einer Aktionorganisation, die nicht tuftende ist, selbständige etwas zu unternehmen, ihrer Rechte verlustig gehen sollen. Nach diesen Vorwürfen hat es den Anschein, als ob eine ziemliche Mitgliedschaft bei den Christlichen Platz geöffnet hat, sonst müßten sie nicht zu solchen Mitteln greifen. Das allerdings der Erfolg der letzten Aktion nicht so groß war, ist nur dem gelunden Menschenstand unserer Mitglieder anzuschreiben, denn bis jetzt haben nur zwei ihren Austritt aus diesem Grunde erklärt. Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß die „Christlichen“ nicht imstande sind, etwas Erfolgreiches zu leisten. Im Gewerbeverband gärt es gegenwärtig stark. Dessen übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband wird wohl nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Diese Gelegenheit benutzt die Schwindelgesellschaft, die sich Christen nennt, in der Stadt auszupausen, der Deutsche Metallarbeiter-Verband würde die geleisteten Beiträge der Gewerke nicht in Anrechnung bringen, deshalb wäre jetzt schon eine große Anzahl zu ihnen übergetreten. Das diese Patentchristen das Schwindeln aus dem Ff verstecken, beweist die Schreibweise eines Herrn G., der in Nr. 3 des schwarzen Gewerkschaftsblattes einen Artikel über den aus den Fingern gefügten Terrorismus der „Metallgenossen“ in Gmünd bringt. Hier werden wir als „moderne Strauchritter“ u. s. w. betitelt. Diese Nebensatze von Leuten, die es mit der Wahrheit nicht ganz genau nehmen, läßt uns völlig kalt. Ein Briefkasten der gleichen Nummer des schwarzen Blattes finden wir eine Notiz, die an den Kollegen G. in Gmünd gerichtet ist. Daraus ist zu erkennen, daß G. diesen Artikel nur nach oberflächlichen Berichten auf irgend einer Zeile Pavier schrieb, ohne aber der Sache näher auf den Grund zu gehen. Wir nahmen deshalb an, daß dieser G. als Musterchrift so ehrlich sein würde, seinen Bericht so zu rezipieren, daß er wenigstens der Wahrheit entspräche, aber nichts von alledem, im Gegenteil, es wird weiter draufgelogen. Es ist selbstverständlich, daß, da von „christlicher“ Seite mit solch niederrächtigen Mitteln gearbeitet wird, unsere Kollegen nichts anderes übrigbleibt, als sich ihrer Haut zu nehmen. Herr G. verteidigt es gut, alles zu seinen Gunsten zu verdrehen, was bei Leuten aus einer gewissen Schule ja nicht zu verwundern ist. Es muß doch jedem beseitenden Menschen einleuchten, daß in einer Ortschaft wie Waldstetten unsere Kollegen keinen Terrorismus ausüben können. Das beweist schon der Umstand, daß wir bis vor kurzem in dieser Ortschaft, von wo täglich mehrere hundert Arbeiter und Arbeitnehmer nach Gmünd zur Arbeit gehen, kein Befal zur Abhaltung unserer Mitgliederversammlungen bekommen konnten. Daß in diesem Falle nicht wir die Terroristen sind, wird schon dadurch zur Genüge bewiesen. In einem solchen Orte sollen dann die lieben „christlichen“ die Geächteten sein. Das glaube, wer mag. Wenn dann Herr G. noch behauptet, der Revolverheld hätte sich in der größten Notwehr befinden, so wird von diesem Christen die Wahrheit geradezu auf den Kopf gestellt. Und daß es kein Ringen auf Leben und Tod war, beweist der Umstand, daß der Revolverheld überhaupt nicht tatsächlich angegriffen wurde. In einem weiteren Artikel (Nr. 7) des schwarzen Gewerkschaftsblattes versucht der Artikelschreiber, den von ihm vollen Arbeiterverrat zu beschönigen. Über diese Tatsache kann nicht abgeleugnet werden, daß bei der Firma Ed. Kucher Arbeiterverrat von den „christlichen“ getrieben wurde. Wir halten das, was wir in Nr. 5 der Metallarbeiter-Zeitung gesagt haben, voll und ganz aufrecht. Wenn uns immer vorgeworfen wird, wir wären sozialdemokratische Gewerkschaften, aus diesem Grunde für ein katholischer Arbeiter bei uns nicht Mitglied sein, so muß dem entgegenhalten werden, daß wir nichts gegen das Christentum haben, daß aber gegen solche „Christen“ entschieden Front gemacht werden muss, die das Christentum zum Dectinat ihrer Verleumdungen benützen. Deshalb, ihr Arbeiter und Arbeitnehmer der Gold- und Silberwarenindustrie, lasst euch nicht beirren durch verdeckte Verleumdungen und Verdrehungen von Leuten, die nicht imstande sind, etwas Erfolgreiches und Erfreuliches für die Arbeiterschaft zu leisten.

Herrord. In Nr. 9 des „christlichen“ Metallarbeiters kommt ein Stobeschluß aus Herford. Endlich, nach drei Jahren Arbeit, sei es ihnen gelungen, eine Zahlstelle zu gründen. Mit Hochdruck und Hinterlist sollen das die Herren Genossen haben verhindern wollen, aber ihr Bemühen sei umsonst gewesen. Bei der Gründung sollen sich auch drei überdeutsche Rote herangeholten haben mit der dreifachen Zuge, sie wollten sich in den „christlichen“ Verband aufnehmen lassen. Den Heuchlern sei aber die Lüge gewisst worden. Die Röder in Christo könnten nicht einmal bis fünf zählen, denn seviel „Rote“ waren dort, aber aufzunehmen ließ sich tatsächlich nur einer, dessen Name nicht steht, deshalb wurde er vom christlichen Bruder ans Herz gedrückt. Es war dies der Stadtverordnete der Feldmärkervereinigung Wendt. Der wurde auf einmal christlich-nationaler Vertrauensmann. Ein junger Geselle, den er bearbeitete, fragte ihn, warum denn seine Schwiegermutter freien Verband seien. Ja, sagte er, die sind aber auch in Bremen und nicht in Herford. Auch sagte er, wenn es ihm später bei den Christen nicht mehr gehe, könnte er jederzeit wieder übertragen. Die anderen vier Röder waren nicht gekommen, um sich aufzunehmen zu lassen, sondern sie wollten den christlich-nationalen Gewerkschaftsfreund Waldbauer aus Bielefeld lernen lassen, der als Reichstagkandidat für Herford-Halle erklärte, die Landarbeiter müßten das Koalitionsrecht haben, doch während des Eintritts der Feldfrüchte durfte nicht gestreift werden, das sei unchristlich und das müsse gesetzlich verboten werden. Er muß es ja wissen, denn er war früher Hausvater bei Bodekühlung in Bethel bei Bielefeld. Diesen Herrn sahen die vier Röder nun leider nicht, dafür aber seinen Fabrikanten Böhme aus Bielefeld, der ihnen erklärte, das Zimmer sei gemietet, worauf die „roten Brüder“ wieder abjogen. Jetzt liegen und schwimmen die Brüder in Christo von Sokolabteilungen, wopon jedes Wort erlogen ist; nicht einer von den freien Metallarbeitern hat auf ihren Vereinswitz eingewirkt. Dieser erklärte unserem Begrüßungskreis, daß alles erlogen sei. Diese Burschen, die nur ein Wackerdusend zum Beitritt verfügt haben, werden an ihrer Aussaat keine Freude erleben. Metallarbeiter Herfords, schließt euch alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, nur dieser vertretet eure Interessen, nur dadurch kann die eure Lage verbessert. Und es geht auch wirklich vorwärts. In sechs Monaten haben wir unsere Zahl vervielfacht. Nun auf, Kollegen, agiert, bis auch der letzte Mann im Deutschen Metallarbeiter-Verband ist.

Mannheim. Es ist unglaublich, was unsere Gewerkschaften ihren Mitgliedern zu bieten wagen. In Nr. 11 des Duisburger Metallarbeiters heißt es in einem „Tätigkeitsbericht“ von hier: „Die große Metallarbeiteraussperrung im Mai war auch über den Mannheimer Industriebezirk ausgedehnt, bei der auch unsere Kollegen zum größten Teile mitausgesperrt wurden.“ Die Aussperrung war hier wohl angedacht, aber ausgeführt wurde sie nicht, weil in den „befreiten“ Städten vor dem Abschlußtermint Frieden geschlossen worden war. Die „Christen“ könnten also den „Heldentum“, dessen sie sich jetzt rühmen, gar nicht bestätigen. Stellung hatten die hiesigen „Christen“ im Mai vorigen Jahres zur angebrochenen Aussperrung wohl genommen: Sie erklärten, daß sie weiterarbeiten und Sperrbrecher machen würden!

Mülhausen i. G. Ein Bruderklick leisteten sie die hiesigen „christlichen“ Metallarbeiter in Nr. 11 des schwarzen Duisburger Metallarbeiters. Die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Formar- und Gießereiarbeiter der Elsässischen Maschinenbau-Gesellschaft in Mülhausen sind nach der allgemeinen Gießereiarbeiterbewegung in Deutschland ebenfalls in eine Bewegung eingetreten. Die Bewegung hatte den Erfolg, daß allen Arbeitern des Betriebs der Taglohn um 20 Pf. erhöht wurde. Den Arbeiterbeamten wurde auf ihren Anfordernissen ein Zuschlag von 5 Prozent gewährt. Auch sonstige Verbesserungen wurden erzielt. Vor der Deutschen Metallarbeiter-Verband in Aktion getreten war, hatten die „christlichen“ ein Petition an die Direktion eingereicht. Bei den 400 in Betracht kommenden Arbeitern waren ganze 20 Mann in der „christlichen“ Organisation vertreten; dieses Verhältnis wird wohl dazu beigetragen haben, daß das Eingehen der „Christen“ in den Kriegsfall gewandert

ist, ohne daß eine Antwort darauf erteilt wurde. Aber „praktisch“, wie die „Christen“ nun einmal sind, wechselten sie die Taktik. An Stelle ihres Heldentums durch Einreichung der Bittschrift übten sie sich in Querstreiken geschildriger Art. In der Zeit, als die von uns beauftragte Kommission, die nur aus Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bestand, mit der Direktion verhandelte, beriefen die „Christen“ eine Versammlung ein, deren Tagesordnung war: „Die gegenwärtige Gießereibewegung, ihre Ursachen und Folgen für die Arbeiter der Elsässischen Maschinenbaugesellschaft.“ Als Referent war der bekannte Schwarzwalder Jungendvirtuose Hollerath aussersehen. Auf den Einladungen war besonders vermerkt: „Arbeiter! Kollegen! Es kann nicht gleichgültig sein, wie solche Bewegungen verlaufen. Die Einigkeit der Arbeiter soll erstrebt, anstatt zerstört werden. Deshalb wird besonders das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes während dieser Bewegung in das richtige Licht gestellt werden.“ — Hollerath war aber nicht erschienen, dafür war der „christliche“ Gewerkschaftssekretär Fischer zur Stelle. Den Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wies man unter Hinweis auf den Haussiedlungsbruchparagraphen die Elite. Der Zweck der Versammlung war kein anderer als der, sich bei der Direktion in angenehme Erinnerung zu bringen und ihr zu zeigen, daß man trotz des erhaltenen Zustritts immer noch eher gewillt ist, die Geschäfte des Unternehmens zu besorgen als das der Arbeiter. Auch erklärten sich die „christlichen“ von vorherne bereit, Streikbrecher zu machen, wenn es zu einem Ausstand kommen würde. Höher kann der Schwindel nun gewiß nicht mehr getrieben werden, wie ihn diese Sorte von Arbeitervertretern gerade bei der Gießereibewegung hier in Mühlhausen getrieben hat. Eine Bewegung, die einzig und allein vom Deutschen Metallarbeiter-Verband durchgeführt wurde, bei der die „Christen“ nichts anderes als Querstreiktreiber verübt haben, reklamieren sie jetzt in ihrem Blatte als einen Erfolg, den sie errungen hätten und fordern die Metallarbeiter auf, in den „christlichen“ Metallarbeiter-Verband einzutreten! Kann der Schwindel noch höher gehen?! Die Metallarbeiter sollen in den „christlichen“ Verband eintreten, weil — der Deutsche Metallarbeiter-Verband Bewegungen mit Erfolg durchführt! Das aber die elsässischen Metallarbeiter nicht mehr so leicht auf den „christlichen“ Lein frieden, beweist am besten der gewaltige Aufschwung, den der Deutsche Metallarbeiter-Verband im vergangenen Jahre hier genommen hat. Aus eigener Kraft vermag die „christliche“ Gesellschaft nichts zu erreichen, hat also keine Zukunft. Um nicht ganz unbemerkt zu bleiben, lügen sie deshalb wie die Zeuse und schwimmen aus Prinzip.

Stofffurt. In der Dampfseifefabrik von Kittel vormals Fiedler in Leopoldshall ist es wegen der Hartnäckigkeit des Besitzers zum Ausstand gekommen. Von Übernahme der Fabrik an hat Herr Kittel verlaut, durch Einführung von „Wohlfahrtsentnahmen“ die Aktionskraft der Arbeiter zu unterbinden. Dieser Versuch fand die Arbeiter nicht erlegen. Dagegen haben sie fortgesetzt, trotz der Hochsonnenhitze in dieser Branche, über niedrige Löhne zu klagen gehabt. Die Unzufriedenheit darüber war groß und machte sich oft genug bemerkbar. Jedoch fehlte es an Energie und Geschlossenheit, mit Entschiedenheit vorzugehen. Diesem Mangel hat Herr Kittel selbst abgeholfen, indem er zwei Arbeiter, Winter und Lampert, entließ, unter dem Vorzeichen, daß diese beiden die Heger wären, die seine Arbeiter zur Unzufriedenheit auszutasten. Das trifft nun bei diesen beiden gar nicht zu. Kittel gab seinen Entschluß und, gegebenenfalls noch einige von ihm benannte Arbeiter ebenfalls liegen zu lassen. Das hat er auch mit dem Kollegen Schmidt getan, aber ganz das Gegenteil von dem ergibt, was er verabsichtigt hatte. Es beeinträchtigte sich der längst unzufriedenen Arbeiterschaft eine tiefgreifende Empörung, die sich sofort zu einer Werkstattbesprechung verdichtete; darin wurde eine Kommission gewählt, die am folgenden Tage mit Herrn Kittel verhandeln sollte. Herr Kittel ließ sich aber nicht sprechen, er wäre starr. Trotzdem hat er einem der Kommissionsmitglieder erklärt, er stelle keinen der Gewahrsamer wieder ein, komme, was da wolle. Übrigens verdiente er ebensoviel, wenn die Fabrik stillliege, als wenn er arbeiten lasse. Diese Äußerung lädt darauf schließen, daß er dem Schärmacherverband angehört, der ihn während eines Streiks aushält. Da sonach die verübten Verhandlungen erfolglos geblieben sind, hat am 16. März überwiegend eine Werkstattbesprechung stattgefunden, die sehr gut beleuchtet war. Außerdem auf Montage-Befindlichkeiten und den Kranken fehlte fair niemand. 68 Mann waren anwesend, die sich für ein energisches Vorgehen entschieden. Bei der geheimen Abstimmung stimmten 66 für den sofortigen Streik und nur 2 dagegen. Der Streik wurde proklamiert, eine Streikkommission gewählt und diese mit der Führung weiterer Verhandlungen betraut. Die Forderungen sind: Errichtung der Gewerkegarantien, garantierter Lohn der Schärmacher von 50 Pf. pro Stunde (bisher 46 bis 50 Pf.), der Steinmetze von 47,- Pf., der Mieter und Maschinenarbeiter von 45 Pf. (bisher 38 bis 42 Pf.), für die Helfer eine Zulage von 2 Pf. zu dem jetzt bezahlten Lohn und mindestens 30 Pf. Straßenlohn, Freigabe des 1. Mai. Man sieht, die Forderungen sind angesichts der hohen Preise der Lebensbedürfnisse, der äußerst günstigen Konjunktur und der besonders schweren Arbeit außerordentlich bestechend. Da die Arbeiter fast ausnahmslos einer Organisation angehören und ein Arbeitsmangel in der Branche zurzeit nicht besteht, wohl aber ein Arbeitsmangel, so daß die Arbeiter wohl auf einen Sieg hoffen. Die Beipreisung war denn auch von bestem Geiste getragen und schloß mit einer ausdrücklichen und eingehenden Erwähnung an die Streitpunkte, den eventuellen Anordnungen der Polizeibeamten willig Folge zu leisten. Zugzug ist streng fernzuhalten.

überbielen. Sachlich läßt sich nicht bestreiten, daß die unteren Beamten mit Gehältern abgespeist werden, die bei den geistigeren Preisen des Lebensbedarfes kein menschenwürdiges Dasein mehr ermöglichen. Seit Jahren hat gerade die sozialdemokratische Fraktion darauf hingearbeitet, die unteren Beamten besserzustellen. Wenn sich jetzt alle Parteien des Reichstags zusammengefunden haben und durch ihren einmütigen Wunsch die Regierung zu raschen Maßregeln veranlaßt, so wird es die Aufgabe der sozialdemokratischen Vertretung sein, mit der Gehaltsaufbesserung auch eine Vereinfachung der Aufrüstungsverhältnisse der Beamten anzuregen. Ein überblick über die Gestaltung unseres Beamtenherdes ist schon heute nicht mehr möglich; diese Verschiedenheiten in den Anstellungs-, Aufzulösungs- und Bezahlungsverhältnissen gibt den leitenden Bürokraten ein außerordentlich wichtiges Mittel in die Hand, sich schmiede und fügsame Untergabe zu ziehen. Ein Knöpfchen oder ein Lächeln an der Uniform, eine Stellenzusage oder gar eine Titelverbestellung werden Wunder — der Korruption.

Noch einmal wurde jetzt vor dem Auszugehen des Reichstags die Ungeheuerlichkeit der Bülowschen Wahlmaße durch eine sozialdemokratische, von den Abgeordneten Fischer-Berlin und Bebel vertretene Interpellation aufgerollt. Es wird zweckmäßig sein, das wichtige Material in weiteren Kreisen des Volkes bekannt zu machen, damit wenigstens für die Zukunft solche „Präzessionswahlen“ unmöglich werden.

Gewerkschaftliches.

Hafenarbeiteraussperrung in Hamburg. 5000 Hafenarbeiter sind auf Straßenspaziergang geworben worden, weil sie sich weigerten, 86 stündige Arbeitszeit anzuerkennen, die ihnen der Arbeitgeber-Verband aufzwingen will. Die Unternehmer haben eine Unzahl Streikbrecher aus England kommen lassen. Es erhob sich deswegen in einer Unzahl von Parteiblättern große Entrüstung gegen die englischen Gewerkschaften, die nach unserer Meinung jedoch vollständig unangebracht ist. Es versteht sich von selber, daß die englischen Gewerkschaften mit dem Sammelkunst von „Halbstarken“ und sonstigem Gesindel, das zum Zweck des Streikbruchs von England herübergelommen ist, gar nichts zu tun haben. Mit demselben Rechte könnten die deutschen Gewerkschaften dafür verantwortlich gemacht werden, wenn irgendwo im Ausland Angehörige des deutschen Lumpenproletariats Streikbruch betreiben. Die deutschen Gewerkschaften wären in diesem Falle ebenso machtlos wie die englischen. In Hamburg fühlen die englischen Klausekreise sich natürlich sehr wohl. Wie es heißt, werden sie vorzüglich verpflegt und bezahlt, während ihre Arbeitsleistung in gar keinem Verhältnis dazu steht. Auch Ausschreitungen haben sie sich schon zuschulden kommen lassen.

In Berlin sind die im Transportarbeiter-Verband organisierten Möbeltransportarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern 7,50 Pf. Taglohn für Ziehleute und Transportarbeiter und 36 Pf. wöchentlich für Kutschier und Pferd. Außerdem werden zehnstündige Arbeitszeit und Bußgeld für Überstunden- und Sonntagsarbeit gefordert. An dem Streik sind 500 bis 600 Mann beteiligt.

Der Kampf der Kraftdrostchenfürer in Berlin ist durch Vergleich vor dem Einigungsamt beendet worden.

Die erste Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Brotsgenossen tagte vom 10. bis 13. März in Kassel. Anwesend waren 59 Delegierte. Der Vorstand berichtete, daß die Verhandlungen mit dem Verband der Konditoren wegen Verschmelzung sowie abgeschlossen sind, daß diese eventuell am 1. April vor sich gehen kann. Das Kapitalblühen der Genossenschaften hat auf die Organisation günstig eingewirkt. In Deutschland bestehen 201 Konditoreien mit 142 Arbeitern. Mit Hilfe der Gründungen wurde ein gelber Bund gegründet. Die Mitgliederzahl betrug 1906 im Jahresdurchschnitt 12505 gegen 5505 im Jahre 1905. Mitgliederstand Ende 1906: 13425. Die Fluktuation ist jetzt stark. Im Verband sind 99 Mitgliedschaften und 14 Zuschläge. Der Vorsitzende Ullmann kam in seinem Referat über Sozialbewegungen und Streiks zu dem Schluß, daß alles aufgebaut werden müsse, um unter Vermeidung von Streiks zum Abschluß günstiger Tarife zu kommen, die man dann an besten vor dem Gewerbergericht anstreben ließe. Gauleiter Hirschfeld referierte über die Bekämpfung der Lehrlingszüchter in den Sozialbewegungen. Hirschfeld führte aus, daß an vielen Orten ein schreiendes Misverhältnis zwischen der Zahl der Gehilfen und der Lehrlinge besteht. In einer pommerischen Stadt gebe es bei 7 Gehilfen 15 Lehrlinge. Den Kommissärenten für Beauftragung der Lehrlinge müsse man genau auf diefinger sehen. Die Handwerklernmänner machen von ihrer Befreiung zur Einschränkung der Lehrlingshaltung keinen Gebrauch. Deshalb sei neben Eingaben an Behörden die Selbsthilfe, die Aufklärung, die Haupsache. Bei Tarifabschlüssen müsse auch eine Lehrlingskala anerkannt werden. Eine längere Resolution, die die Lehrlingshaltung des Kost- und Logiswesens beim Unterricht fordert, wurde angenommen. Ferner wurde ein Entwurf zu einem neuen Tarif für die Genossenschaftsbäckereien gutgeheissen. Ein Antrag, den Kranengeldzuschuß statt nach dreijähriger Mitgliedschaft bereits nach einjähriger zu zahlen, wird angenommen. Dieser Zuschuß soll reiblichen Mitgliedern nur im Falle einer Niedertarif bezahlt werden. Ein weiterer Beschluss fordert verhältnetsitzen Mitgliedern Umzugskosten. Der Zentralarbeitsnachweis des Verbandes wird aufgehoben, an dessen Stelle sollen Bezirksarbeitsnachweise erteilt werden.

Aus den Jahresabrechnungen der Gewerkschaften für 1906. **Bauhilfsarbeiter:** Mitgliederzahl 53525. Einnahme 1285105,58 Mark, Ausgabe 716293,36 Mark, Gesamtvolumen 824187,03 Mark. **Gärtnerhilfsgehilfen:** Mitgliederzahl 6309. Einnahme 111841,80 Mark, Ausgabe 101147,89 Mark, Vermögen 53330,48 Mark. **Hutmacher:** Mitgliederzahl 1024. Einnahme 28249,30 Mark, Ausgabe 1067,80 Mark. **Gesamtvolumen** und **Geiziger:** Mitgliederzahl 160789,29 Mark. **Gesamtvolumen** und **Geiziger:** Mitgliederzahl 16229. Einnahme 138754,94 Mark, Ausgabe 157416,56 Mark. **Gesamtvolumen** und **Geiziger:** Mitgliederzahl 6822. Einnahme 138754,94 Mark, Ausgabe 157416,56 Mark. **Gesamtvolumen** und **Geiziger:** Mitgliederzahl 58688,39 Mark. **Holzarbeiter:** Mitgliederzahl 15171 (darunter 3392 weibliche) gegen 130141 im Jahre 1905. Einnahme 108044,99 Mark. **Unterster Bestand vom Jahre 1905:** 1106082,24 Mark, Beitragszettel 30434 Mark, Beiträge 292955,30 Mark. **Entnahmen:** 5607,28 Mark, Ausgabe 2988789,54 Mark. **Unterstützung:** 110070,94 Mark, Arbeitslosenunterstützung 1267250,83 Mark, Gemüsegartenunterstützung 41642,87 Mark. **Unterstützung in Betriebsfällen:** 23961,50 Mark. **Umlaufsunterstützung:** 55685,13 Mark. **Kaufmännerunterstützung:** 6595 Mark. **Rechtschutz:** 19867,55 Mark. **Agitation:** 147421,59 Mark. **Unterstützung der Lokalfassen:** 623889,10 Mark. **Holzarbeiter-Zeitung:** 85558,82 Mark. **Gehälter und Entschädigungen:** 29618,01 Mark. **Druck- und Buchbindereiarbeiter:** Stempel und Reisehandbücher 41556,26 Mark. **jonstige Verwaltungsfesten:** der Hauptkasse 12361,65 Mark. **Steuern:** 1890 Mark. Kosten des Verbandstages 19729,80 Mark. **jonstige Konferenzen:** 4356,25 Mark. **Beitrag an die Internationale Union der Holzarbeiter:** 1000 Mark. **Beitrag an die Generalkommission:** 22810 Mark. **Streitunterstützung außerhalb des Verbandes:** 1500 Mark. **Die Lokalfassen:** hatten eine Gesamteinnahme von 2901576,45 Mark, eine Gesamtausgabe von 1771450,09 Mark.

Der Kampf in der Holzindustrie. Am 16. März war die Zahl der Ausgeperchten in Berlin auf 600 zurückgegangen. Seit dem Abbruch der Verhandlungen haben einige Kleinstmeister und ein größerer Betrieb die Ausperzung zurückgezogen, ungeachtet der Anstrengungen der Schärmacher, sie von diesem Schritte zurückzuhalten. Danach hat es den Anschein, als ob es in Berlin mit der Sache der Schärmacher sehr faul sieht. Es heißt nunmehr, daß die Schärmacher in der Holzindustrie ihren Berliner Kollegen zu Hilfe kommen und am 1. April die organisierten Holzarbeiter im ganzen Reich ausperzen wollen. Den Herrn scheinen die Finger zu jucken. Das gilt eben einmal eine solche Rücksicht veranlassen möchten, glauben wir schon. Die Schärmacher in der Metallindustrie vertreten im vorigen Jahre ebenfalls ein solches Gelüste, als sie drohten, 300000 Metallarbeiter ausperren zu wollen. Neben der gewaltigen Entrüstung, die diese brutale Drohung allgemein erregte, entstand die Rebellion in eigenen Reihen und deshalb wagten die Schärmacher nicht, den Plan zur Ausführung zu bringen, ja einige ihrer laufenden Rufe im Streite muteten sogar die ungewohnte Rolle eines Friedensengels an. Es kann leicht geschehen, daß die „holzerner“ Schärmacher einen ähnlichem Reinfall erleben.

Rundschau.

Weitwinkel.

